

Landesvereinigung
für Gesundheit
Niedersachsen e.V.



Bildung und Gesundheit/ PISA und die Folgen

E

Editorial

PISA hat vor zwei Jahren in Deutschland die Diskussion um die Qualität deutscher Schulen neu angefacht. Die ersten Antworten der Kultusminister bestehen in Bildungsstandards. Gesundheit kommt darin nicht vor, doch gesundheitliche Chancengleichheit beginnt mit gleichen Bildungschancen. Unter welchen Bedingungen sind Kinder und Jugendliche aufnahmefähig für Lerninhalte, welche Schul- und Lehrform kann die Inhalte am besten vermitteln? Auf diese Fragen geben gesundheitsfördernde Schulen neue Antworten, wenn Gesundheit ein Querschnittsthema zur Gestaltung von Schulen ist. Diesen Anspruch und Ansatzpunkte für dessen Umsetzung versucht die vorliegende Impulseausgabe zu unterlegen.

Wir haben vor genau zehn Jahren mit einem Newsletter zur Gesundheitsfördernden Schule die Herausgabe der Zeitschrift Impulse begonnen und widmen diesen Jubiläumsnewsletter wiederum diesem Thema. Zehn Jahre Impulse sind Anlass für eine Bestandsaufnahme, die wir Ihnen in vier zusätzlichen Jubiläumsseiten präsentieren. Wir haben Leserinnen und Leser um ihre Meinung gebeten und drucken diese, ganz gegen unsere Art, ungekürzt und redaktionell nicht bearbeitet ... Gleichzeitig endet mit dieser Ausgabe eine Ära, die Ära des großen Is in der Landesvereinigung, über das wir bislang geschlechtsneutrale Sprache garantiert haben. Wir passen auf einstimmigen Vorstandsbeschluss unsere Sprache den üblichen Regelungen für Geschlechtsneutralität in öffentlichen Einrichtungen an, nennen beide Geschlechter beim Namen oder versuchen, geschlechtsneutrale Begriffe zu benutzen.

Die Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben lauten ›Rahmenbedingungen für Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland‹ (Redaktionsschluss 15.1.2004) und ›Chronisch krank – chronisch arm?‹ (Redaktionsschluss 15.4.2004). Wie immer sind Sie herzlich eingeladen, sich an den kommenden Ausgaben mit verschiedensten Beiträgen zu beteiligen.

Wir möchten die letzte Ausgabe des Jahres nutzen, um uns bei allen Autorinnen und Autoren der Ausgaben im Jahr 2003 besonders herzlich zu bedanken. Ohne Ihre honorarfreie, aber sehr engagierte Mitwirkung wäre die Herausgabe dieser Zeitung nicht möglich. Außerdem möchten wir uns bei den Leserinnen und Lesern für das lebendige Interesse an unserer Zeitschrift und die vielfältigen Rückmeldungen zu mittlerweile zehn Jahren Impulse bedanken. Wir wünschen Ihnen allen schöne Festtage sowie ein erfolgreiches und gesundheitsförderliches Jahr 2004.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Altgeld und Team

Inhalt

	Seite
■ Bildung und Gesundheit	...2
■ Pisa und die Folgen	...3
■ Rauchen lernen in Kino und Werbung	...4
■ Lehrkräfte als Schlüsselfunktion der Bildungsreform	...5
■ Fehlende Gleichstellung in der Bildung	...6
■ Zur Neurobiologie des Sportunterrichts	...6
■ Bildung nach Pisa	...8
■ Das Schulgebäude – der dritte Lehrer	...9
■ Förderung von Gesundheitspotentialen bei sozial benachteiligten Kindern	...10
■ Versicherungsschutz für Ehrenamtliche	...10
■ ›essen - bewegen - wohl fühlen‹	...10
■ Anschub.de - Allianz für nachhaltige Schulgesundheit und Bildung	...11
■ ›Ressourcen stärken‹	...12
■ So jung, und schon ein Kind?	...12
■ Zehn Jahre Impulse für die Gesundheitsförderung	...13
■ Anders als man denkt...	...17
■ Das Stipendiumprogramm START der Hertie-Stiftung	...17
■ Neue Datenbank zu Frauengesundheit	...17
■ Erster Deutscher Präventionspreis	...18
■ Sprache lernen mit allen Sinnen	...18
■ Chancen für Gesundheit und Bildung durch gutes Hören und Sprechen	...19
■ Fit für PISA	...19
■ Qualitätssicherung von Gesundheitsinformationen im Internet	...20
■ Gesundheitsreform 2003 und Behinderte – Nachteile für Selbstbestimmung	...21

Die Ergebnisse der PISA-Studie, die vor zwei Jahren bekannt wurden, erwiesen sich als ein Schock, dessen Wirkung noch immer anhält. Besonders skandalös für das deutsche Bildungssystem ist dabei vor allem der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistung. Noch immer ist es bei uns von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig, ab wann ein Kind den Kindergarten besucht und ob es überhaupt Chancen auf einen späteren Schulerfolg hat.

Schulische Bildung und Lebensbiografie

Während im Jahr 2001 nur jedes 4. Kind aus einem Arbeiterhaushalt die Oberstufe eines Gymnasiums besuchte, befanden sich immerhin rund die Hälfte der Jungen und Mädchen aus Angestellten- und Selbständigen-Familien auf dem Weg zum Abitur. Bei den Beamtenkindern hatten sogar zwei von drei Zugang zu höherer Bildung. Auch im gerade erschienenen OECD-Bildungsbericht für Deutschland wird beklagt, es gäbe zu wenige Abiturienten und Abiturientinnen gemessen an den internationalen Vergleichszahlen, zu viele Schulabbrecher und zu wenig Förderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Ein niedriges Bildungsniveau zieht jedoch fast automatisch ein niedriges Einkommen nach sich. Die zu erwartenden Folgen für Kinder und Jugendliche finden sich dann nicht nur in der Bildungs- und Lebensbiografie, sondern auch in ihrer gesundheitlichen Situation und ihren Gesundheitschancen.

Im Gesundheitsbericht für Deutschland aus dem Jahr 1998 wird es so formuliert: »Unter den drei wichtigsten Merkmalen zur Charakterisierung der sozialen Stellung einer Person – Einkommen, Bildung und Beruf – kommt dem Bildungsstatus bei gesundheitsbezogenen Untersuchungen ein besonderes Gewicht zu.« Die dazugehörigen Zahlen belegen, dass der Gesundheitszustand bei einkommensarmen Menschen wie auch bei Personen mit niedrigem Bildungsniveau objektiv wie subjektiv gesehen besonders negativ ist. Die BZgA nennt in diesem Zusammenhang eine um vier Jahre verkürzte Lebensdauer. Wer weniger als neun Ausbildungsjahre absolviert hat, unterliegt im Vergleich zu einer mehr als 15jährigen Ausbildung einer um den Faktor 1,46 erhöhten Sterblichkeit. Diese Zahlen und Entwicklungen weisen darauf hin, dass der Bildungsgrad eine wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Lebensdauer darstellt.

Doch was ist Bildung?

Der Begriff Bildung ist nach Pisa in aller Munde. Dennoch besteht kein Konsens darüber, was Bildung eigentlich ist. Hartmut von Hentig definiert in seinem Buch »Bildung« (1999) insgesamt sechs Bildungskriterien:

- Abscheu vor und Abwehr von Unmenschlichkeit
- Wahrnehmung von Glück
- Wille und Fähigkeit, sich zu verständigen
- Bewusstsein von der Geschichtlichkeit der eigenen Existenz
- Wachheit für letzte Fragen; Fragen nach dem Sinn des Lebens können nur mit philosophischem Denkvermögen angegangen werden.
- Bereitschaft zur Verantwortung sich selbst und anderen gegenüber.

Bildung als zweckfreier Prozess

Bildung beginnt mit der Geburt und endet am letzten Tag des Lebens. Sie begleitet den Menschen als Prozess, von dem er sich nicht lossagen kann. Lernen kann man verweigern, Bildung nicht. Bildung ist mehr als nur die bloße Vermittlung von Fakten, Zahlen

und Informationen. Sie ist zu verstehen als zweckfreier Prozess sowohl individueller als auch kollektiver Teilhabe. Ziel von Bildungsprozessen ist es, sich selbst, andere und die Welt zu begreifen, um das eigene Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

Bildung ist also eine Grundvoraussetzung des Lebens, eine Möglichkeit zur Verbesserung von Chancen, zur Erreichung selbstdefinierter Lebensziele und -inhalte, aber sie wird nicht allen Menschen in unserer Gesellschaft, und ganz besonders nicht allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig vom sozialen Status zugänglich gemacht.

Bessere Bildung, mehr Arbeitsproduktivität

Mit dem »Pisa-Schock« sind immer neue Fakten zur deutschen Bildungsmisere deutlich geworden. Die bereits genannte OECD-Studie »Bildung auf einen Blick 2003« stellt einen Zusammenhang her zwischen der im internationalen Vergleich geringen Zahl von Abiturienten und Hochschulabsolventen und der gegenwärtigen Wirtschaftsschwäche der Bundesrepublik. Mehr und bessere Bildung der Erwerbsbevölkerung habe in allen wichtigen Industrienationen dazu beigetragen, die Arbeitsproduktivität zu steigern. In Deutschland aber sei seit Beginn der 80er Jahre nicht verstärkt in den Bereich Bildung investiert worden. Seit 1998 sei der Anteil der Bildungsausgaben in Deutschland nur um 0,2% des BIP gestiegen, in Schweden dagegen um das 10fache.

Die »Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland« ruft ja stets die Politik auf den Plan. Was ist also getan worden, um dem deutschen Bildungssystem wieder den Anschluss an internationale Standards zu sichern? Taugen die eingeleiteten Maßnahmen dazu, Gesundheitsdefizite, die auch durch Chancenungleichheit im Bildungssystem entstanden sind, durch mehr und verbesserte Bildung auszugleichen?

Das Forum Bildung hat fünf Bereiche für Reformen identifiziert:

- frühe Förderung
- individuelle Förderung
- Maßnahmen zur Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten
- lernen, Verantwortung zu übernehmen
- Lehrkräfte als Schlüssel der Bildungsreform.

Reformen kommen nur schleppend in Gang. Es gibt aber auch »Schnellschüsse« ohne ausreichende Reflexion der Problematik. Die bisherigen Anstrengungen der Kultusbürokratien richten sich vorwiegend auf den Bereich der frühen Förderung, d. h. auf die vorschulische (Sprach)förderung, besonders bei Kindern mit Migrationshintergrund. Dabei werden wissenschaftliche Erkenntnisse zum Spracherwerb weder bei den Instrumenten der Sprachstandserhebung noch bei Förderprogrammen ausreichend berücksichtigt.

Das Investitionsprogramm der Bundesregierung für Ganztagschulen soll neben den Interessen der Wirtschaft auch der individuellen Förderung dienen. Diese kann aber nicht gelingen, wenn bei Arbeits- und Lernbedingungen, Strukturen, Organisationsformen, Unterrichtsmethoden usw. alles beim Alten bleibt: Mehr vom gleichen Schlechten ist keine Verbesserung. Die Defizite, die die Pisa-Studie aufgezeigt hat, werden nicht dadurch behoben, dass Kinder in maroden Schulgebäuden mit überforderten Lehrkräften, starren Jahrgangsklassen, 45-Minutentakt und Frontalunterricht bloß eine längere Zeit verbringen. Eine Verbesserung der gesamten infrastrukturellen Rahmenbedingungen ist unerlässlich.

Die drei letzten der o.g. genannten Reformbereiche sind bisher kaum in den Blick genommen worden. Klare Konzepte zur Förderung von Migrantinnen und Migranten über den Vorschul- und Primarbereich hinaus gibt es nicht. Die Forderung, dass Schülerinnen und Schüler Verantwortung übernehmen sollen, würde am ehesten erfüllt, wenn man ihnen (und ihren Eltern) Partizipationsrechte und -möglichkeiten bei der Gestaltung ihrer Schule, des Schullebens und des Unterrichts geben würde. Die dafür nötigen Organisationsformen und offenen Unterrichtskonzepte sind bei den Reformpädagoginnen und -pädagogen der 20er Jahre und in den skandinavischen Ländern oder Kanada zu finden.

Eine Bildungsreform, die den Lebensraum Schule für alle, die in ihr lernen und arbeiten, auch gesünder macht, ist ohne Lehrkräfte als Zentrum und Motor nicht denkbar. In Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen ihnen grundlegendes sozial- und erziehungswissenschaftliches Wissen sowie einschlägige Methodenkenntnisse vermittelt werden. Die Förderung ihrer Gesundheit und die Stärkung ihrer Ressourcen durch verbesserte Arbeitsbedingungen sowie die Nutzung ihres kreativen Potenzials sind zum Umbau des Bildungssystems unverzichtbar.

Diese Reformen sind nicht zum Nulltarif zu haben. Politik und Gesellschaft müssen entscheiden, wie viel es kosten darf, die Qualität der Bildung in Deutschland deutlich zu verbessern.

Anschrift s. Impressum, Literatur bei den Verfasserinnen

Oskar Negt

Pisa und die Folgen

Bei der Gründung der Glocksee-Schule in den 60er Jahren als Alternativmodell zum herkömmlichen Schulwesen ging es um zentrale Ideen der Reformpädagogik wie Autonomie und Eigenverantwortlichkeit, Chancengleichheit, selbstreguliertes Lernen, selbstständige Schule und Gestaltungsfreiheit. Viele dieser Ideen tauchen bei dem gegenwärtigen Versuch, die Bildungssysteme in Deutschland nach den Maßgaben von Markt und Management zu restrukturieren, wieder auf. Die Formelhaftigkeit, in der diese Elemente der Reformpädagogik jetzt vorgebracht werden, sind ein Grund für allergrößte Skepsis, dass sich wirklich etwas verändert. Im Grunde weisen die Veränderungen eine Tendenz der Entstaatlichung des Bildungssystems auf, die zu einer betriebswirtschaftlichen Rationalisierung der schulischen Einrichtungen führt. Es ist ein subtiler Versuch, die Marktgängigkeit von Bildung zu verknüpfen mit Forderungen, die an sich ganz vernünftig sind. Schule sollte aber nach wie vor ein vom Gemeinwesen und von staatlicher Finanzierung abhängiges System sein, allerdings mit größerer pädagogischer Autonomie der einzelnen Schulen. Gegenwärtig läuft etwas ganz anderes ab, und das gilt für die Universitäten genauso wie für die Schulen, nämlich gewissermaßen die Verantwortung für Einschränkungen, Kürzungen, Rationalisierungen und Evaluationen auf Einzelinstitutionen abzuwälzen. So etwas wie Standardisierung von Lernzielen über die ganze Bundesrepublik hinweg – nach der Pisa-Studie eine der erhobenen Forderungen –, das widerspricht zentralen Forderungen der pädagogischen Experimentierlust, die absolut notwendig ist.

Bedeutungswandel zentraler Begriffe

Zentrale Begriffe wie Autonomie und selbstreguliertes Lernen haben einen Bedeutungswandel erfahren. Die Rückwendung auf Eigenverantwortlichkeit ist in dem Sinne zu sehen, dass nun jeder der eigene Unternehmer seiner Arbeitskraft sein soll. Der ›Arbeitskraftunternehmer‹ ist eine Sprachformel, die es vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat. Oder nimmt man den gruseligen Begriff ›Ich-AG‹: Das bedeutet ja, die alleinige Verantwortung für das eigene Schicksal zu übernehmen nach dem Motto ›Jeder ist seines Glückes Schmied‹. Die Mündigkeit und Urteilsfähigkeit der Menschen, die Erziehung zur Widerständigkeit ist mit dieser Autonomie gar nicht gemeint, sondern dass jeder irgendwie selbst zurecht kommen muss unter den globalen Marktbedingungen. Langfristig führt das auch zu Konkurrenz unter den Schulen mit ihren Angeboten. Im Grunde ist es so, dass die Schüler und Schülerinnen genauso wie inzwischen die Studierenden behandelt werden sollen, als Kunden, die man bedient.

Wesentliche Inhalte von Bildung fehlen

In der gegenwärtigen Debatte um die Restrukturierung des Bildungssystems ist pausenlos die Rede von Qualität und Qualitätssicherung. Die wesentlichen Inhalte von Bildung, jenseits von Effizienzmaximierung und Standardisierung, spielen aber kaum eine Rolle.

Die bisherigen Reaktionen auf die Pisa-Studie führten zu einer Scheinaktivität in höchst formalisierten Tätigkeitsfeldern. Ein wesentliches Element der Pisa-Studie besteht z.B. darin, dass die Lesekompetenz nicht als Deutungskompetenz des Gelesenen, sondern als bloße Fertigkeit begriffen wird. In der Glocksee-Schule wurde überprüft, dass Kinder, die die Möglichkeit haben, ihre emotionale und soziale Leistungsfähigkeit zu entwickeln, auch lesend deuten können. Das ist einer der Gründe, warum die Schulsysteme in Finnland und Schweden bis zur 9. Klasse nicht selektieren; denn diese Selektion unterbricht schon sehr früh den inneren Kommunikationsprozess der Schülerinnen und Schüler beim Lernen untereinander; das heißt, es gibt keinen Kooperationsprozess zwischen den Schwächeren und den Stärkeren. Dadurch können Stärkere nicht etwas begreifen, indem sie es Schwächeren erklären. Umgekehrt können Begabtere ihre emotionalen Probleme nicht dadurch lösen, dass sie sich den Schwächeren zuwenden. Der Pisa-Studie ist die Aufforderung zu entnehmen, dass die alte, absolut richtige Forderung nach einer Gleichgewichtigkeit von kognitiven, emotionalen und sozialen Lernprozessen wieder aufgenommen werden muss. In den Reaktionen auf die Pisa-Studie ist davon aber nirgends die Rede, auch nicht bei Linken, auch nicht bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Wandel des Reformbegriffs

Die gegenwärtigen Veränderungen in den Bildungssystemen werden passiv und kritiklos hingenommen. Das liegt daran, dass Bildungspolitik nicht mehr als Gesellschaftspolitik verstanden wird. Wenn heute von Reformen gesprochen wird, z.B. der Rentenreform, ist der Reformbegriff selber eingebunden in Formen von Rationalisierung; es sind alles *Kürzungsreformen*. Dieser abgemagerte Reformbegriff ist in den 60er und 70er Jahren völlig unbekannt gewesen. Die gegenwärtigen Veränderungen hätte man damals nicht als *Bildungsreform* betrachtet.

Die Rolle alternativer Modellschulen

Im Kontext der gegenwärtigen Entwicklungen, die man als Rationalisierung und – perspektivisch – als Privatisierung bezeichnen

muss, können Alternativschulen eine wichtige Rolle übernehmen. Denn in Deutschland ist, wie sonst in keinem Land, ein Vorrat an Organisationsfantasie vorhanden. Hier kann man sich nicht nur auf die Konzepte und Erfahrungen aus der Weimarer Republik beziehen, die schon in den 60er und 70er Jahren nicht in die Gesamtschulkonzeption eingegangen sind. Mit der Idee der Einheitsschule – diese Idee ist ja nicht in das Projekt Gesamtschule aufgenommen worden – ist unter anderem das Öffentlichmachen eben solcher Alternativschulprojekte gemeint, wie es z.B. die Glocksee-Schule und die Bielefelder Laborschule sind. In der gegenwärtigen Situation ist das ganz zentral, weil die Orientierung an Alternativen praktisch verläuft. Im Augenblick wird an der Glocksee-Schule z.B. jahrgangsübergreifender Unterricht gemacht, indem die erste, zweite und dritte Klasse zusammengenommen werden, also jeweils zu einem Drittel. Mit der Auflösung der Jahrgangsklassen werden hervorragende Erfahrungen gemacht, und hier wird noch weiter experimentiert.

Auch wenn die gegenwärtige Restrukturierung in ihrem Kern eher eine Verwaltungs- als eine Bildungsreform ist, kann man darauf setzen, dass das gute Beispiel der Alternativschulen Früchte trägt. Nimmt man nur das kleine Glocksee-Projekt: Im Laufe der 30 Jahre seines Bestehens haben hier etwa 5000 Lehrkräfte die Möglichkeit gehabt, eine alternative Lernpraxis zu studieren. Das kann nicht wirkungslos geblieben sein.

Prof. em. Dr. Oskar Negt, Universität Hannover, Institut für Soziologie und Sozialpsychologie – Fach Soziologie, Schneiderberg 50, 30167 Hannover, Tel.: (05 11) 7 62 45 73, Fax: (05 11) 7 62 55 54, E-mail: institut@ish.uni-hannover.de, http://www.gps.uni-hannover.de/ish

Imtraut Windel

Rauchen lernen in Kino und Werbung

»Nicht in der Schule, durch das Leben lernen wir! Die Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche Wesentliches für ihr späteres Leben, besonders Einstellungen und Werthaltungen, auch außerhalb der Schule lernen, ist nicht neu. Bildung und Lernen finden nicht nur in den dafür ausgewiesenen Institutionen statt, schon gar nicht allein in der Schule. Immer stärker wirken die Medien (zunehmend die elektronischen) daran mit.

Einfluss rauchender Filmidole

Immer mehr Jugendliche beginnen immer früher, teilweise schon als Kinder, mit dem Rauchen; das trifft in den letzten Jahren vermehrt für Mädchen zu. In einer wissenschaftlichen Studie, durchgeführt von Madeline Dalton u.a. an der Dartmouth Medical School in Hanover/New Hampshire, veröffentlicht im Juni 2003 in *The Lancet*, einer der angesehensten medizinischen Zeitschriften weltweit, ist der Einfluss von rauchenden Filmidolen auf den Beginn des Rauchens und dessen spätere Beibehaltung bei Jugendlichen zwischen 10 und 14 Jahren untersucht worden. 17 Prozent derjenigen, denen viele Filme vorgeführt wurden, in denen ihre Stars rauchten, begannen innerhalb der nächsten zwei Jahre ebenfalls zu rauchen; bei denen, die nur wenige Filme mit rauchenden Schauspielern und Schauspielerinnen sahen, waren es nur 3 Prozent. Einflüsse, die das Ergebnis verfälschen könnten (sog. Confounder, z.B. rauchende Eltern), sind aus der Studie herausgerechnet worden. Das Forscherteam kamen anschließend zu dem Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche, die häufig Filme mit rauchenden Stars sehen, ein drei-



fach erhöhtes Risiko haben, dauerhaft zu rauchen. Der Zusammenhang zwischen beiden Phänomenen ist wissenschaftlich gesichert.

Forderung nach Rauchverboten in Spielfilmen

Statt Jugendlichen den Zugang zu Zigaretten zu erschweren, ein nicht sehr erfolgversprechendes Unterfangen, wie Stanton Glantz von der Universität Kalifornien findet, fordert er zu ihrem Schutz eine Altersbeschränkung für Filme mit Rauchenden.

Bereits in früheren Studien hat die WHO eine 16 mal positivere Einstellung zum Rauchen bei Jugendlichen festgestellt, wenn deren Lieblingsstars in Holly- oder ›Bollywoodfilmen (USA bzw. Indien) rauchen. Die WHO hat daher bereits 2002 ein Rauchverbot in Spielfilmen gefordert. Bislang hat darauf als einziger Staat 2003 Vietnam reagiert, das aus sämtlichen vietnamesischen Filmen alle Raucherszenen herausschneiden lässt.

Der amerikanischen Zigarettenindustrie war die Bedeutung, die rauchende Stars in Filmen für die Absatzsteigerung ihrer Produkte haben, offensichtlich schon viel früher bekannt. Sonst hätte sie wohl kaum so intensiv versucht, auf Hollywood und einzelne Schauspieler, Regisseure oder Filmstudios mit Hilfe von Verträgen und hohen Geldbeträgen Einfluss zu nehmen, damit in möglichst vielen Filmen Raucherszenen platziert wurden.

Zigarettenwerbung für Jugendliche

Die in Kinofilmen betriebene offensichtlich sehr wirkungsvolle Werbung für das Rauchen wird trotz aller gegenteiliger Beteuerungen und Selbstverpflichtungen der Zigarettenindustrie, ihre Werbestrategien nicht auf Kinder und Jugendliche auszurichten, in der ›rechten Werbung‹ fortgesetzt. Die Studie ›Tabakwerbung für Jugendliche‹ (Gesundheit 21, Bezirksamt Steglitz Zehlendorf von Berlin) stellt fest, dass »die auf den Werbeplakaten der Zigarettenindustrie gezeigte Erwachsenenwelt (...) für Jugendliche ihre Zukunft (bedeutet), an der sie sich orientieren«. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien der Meinung, »dass auf Jugendliche die Bilder der Werbung viel intensiver wirken, da sie in der Phase der Identitätsbildung sehr sensibel auf Symbole des Erwachsenseins reagieren«. Ebenso ist das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg 2002 in seinen »Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland« der Meinung, dass Jugendliche »der Anziehungskraft und den Verlockungen von Werbekampagnen weniger Widerstand entgegensetzen« können. Wie ›gut‹ Kinder in der Werbung ›lernen‹, zeigt z.B. eine Umfrage in Berlin-Hohenschönhausen, bei der herauskam, dass bei Vierjährigen 52 Prozent und bei Sechsjährigen 78 Prozent der Kinder wussten, dass mit dem Camel-Kamel und dem Marlboro-Lagerfeuer für Zigaretten geworben wird (Gesundheit 21, S. 70).

Präventionsprogramme und wirtschaftliche Interessen

Alle Präventionsbemühungen solch guter Programme wie ›Be smart, don't start!‹, ›rauchfrei‹ oder ›BASS‹ werden in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt, z.T. konterkariert, wenn Gesetzgeber und Regierung in Deutschland wirtschaftliche Interessen der Tabakbauern, der Zigarettenindustrie und der Werbewirtschaft höher einschätzen als den Schutz von Kindern und Jugendlichen, die den auf sie gerichteten Werbestrategien kaum entgehen können. Lehrkräfte, die die genannten Programme in den Schulen durchführen, fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, wenn das, was Kinder und Jugendliche im Unterricht über die Wirkungen des Rauchens gelernt haben, auf dem nächsten Werbeplakat hundert Meter von der Schule entfernt oder beim nächsten Kinobesuch nicht mehr gilt.

Bei einem generellen Werbeverbot für Tabakerzeugnisse in Europa prognostiziert eine 1999 veröffentlichte Studie der Weltbank einen Rückgang des Konsums um sieben Prozent. Wie viel Prozent weniger Kinder und Jugendliche dann überhaupt nicht anfangen würden zu rauchen, hat noch niemand ausgerechnet.

Anschrift: siehe Impressum; Literatur bei der Verfasserin

Otto Herz

Lehrkräfte als Schlüsselfunktion der Bildungsreform

Die Selbständige Schule als salutogene Chance

Ein bisschen klingt es übertrieben, analysiert man aber die Struktur des hierarchischen Charakters der staatlichen Schule, dann trifft im Prinzip zu, was sich so beschreiben lässt: die traditionelle staatliche Schule ist ein Ort, an dem der Staat durch seine Staatsdiener, daher Beamte, versucht, mehr oder weniger freundlich, mehr oder weniger partizipatorisch, das aufzunötigen, was Regierungen meinen, dass es Lernpflicht für die als noch unmündig Angesehenen zu sein habe. Das Wort Untertan lasse ich hier absichtsvoll weg, wiewohl es eine – nicht nur literarische – Karriere in der deutschen Schulgeschichte – hoffentlich hinter sich – hat.

Demgegenüber ist die moderne Bürgerinnen- und Bürgerschule primär die gemeinsame Gestaltungsaufgabe von

- Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- ihren Eltern (den Laienpädagogen)
- Lehrerinnen und Lehrern (den professionellen Pädagogen) und
- Partnern unterschiedlicher Art im Gemeinwesen.

Dieses Verantwortungsviereck bürgt für die konkrete Qualität der Einzelschule vor Ort. Gelingt die Kooperation dieser ungleichartigen, aber immer gleichwertigen Partner, gelingt auch der Alltag in den Schulen. Gelingt die Kooperation nicht, missrät die Schulqualität.

Kooperationen sind kein Hort der Harmonie. Zur Kooperation gehören Konflikte. Konflikte sind nicht per se von Übel. Sie entspringen den immer bestehenden widerstreitenden Interessen der Beteiligten. Sind Konflikte Ausdruck und Ausgleich des sachlichen Ringens nach den besten Wegen aus unterschiedlichen Sichtweisen, verirren sie sich nicht auf die Minenfelder für wechselseitige persönliche Verletzungen, dann erweisen sich Konflikte als ausgesprochen produktive Triebkräfte für vorwärtsweisende Entwicklungen.

Jenseits dessen, was Individuen im Blick auf ihre Gesundheit falsch machen können (z.B. falsche Ernährung, legaler und illegaler Drogenmissbrauch, mangelnde Bewegung, Zeit- und Beziehungsstress), jenseits auch dessen, ob z.B. Gifte im Schulgebäude das Arbeitsleben vergiften, jenseits dessen ist die Frage des Grundverständnisses von Schule von entscheidender Bedeutung für die Gesundheit aller, die mit Schule zu tun haben.

Das Krankheitsverursachende an Anstrengungen ist nicht, dass es sie gibt. An die Unterscheidung zwischen Disstress und Eustress ist immer wieder zu erinnern. Es gibt Anstrengungen, die sich als Gesundheitsfaktoren auswirken. Zu fragen ist: Was macht die Differenz dieser Anstrengungen zu jenen Belastungen aus, die in der Tat krank machen?

Dabei ist die Frage nach dem Sinn in der Arbeit entscheidend. Anstrengungen mit Sinn setzen positive Kräfte frei, sie bauen auf. Anstrengungen ohne Sinn zermürben den Geist, zerfressen den Körper, töten die Seele.

Wenn es ausgerechnet die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer ist, von denen am wenigsten gesund die berufliche Altersgrenze erreichen, dann ist das über ihr persönliches Leiden hinaus vor allem deswegen katastrophal, weil Lehrerinnen und Lehrer, ob sie das individuell wollen oder nicht, Modelle sind für Kinder und Jugendliche.

Sollen Lehrerinnen und Lehrer aus dieser individuell nicht verursachten Situation herauskommen, will man nicht, dass sich über viele Kinder und Jugendliche die Depressivität einer sich geschunden empfindenden Lehrerschaft legt, dann sind die Grundübel anzugehen, nicht nur Narkotika der verschiedenen Art zu verabreichen.

Ein wesentliches Grundübel ist es, dass es zu wenig *ownership* in der Schule gibt. (Schon dass ich ein englisches Wort wählen muss, ist bezeichnend.) Es gibt in der Schule zu wenig das Bewusstsein von *mea res agitur*, meinen Fragen kann ich hier nachgehen, die Herausforderungen meines, unseres Lebens stehen im Mittelpunkt. Das gilt für Kinder und Jugendliche, Eltern, Professionals und die Partner im Gemeinwesen.

Daran zu arbeiten: wie die Schule gestaltet werden muss, damit sie ein zweites Zuhause wird, damit sie eine Wohlfühlchule ist und keine Krankmacherschule, daran zu arbeiten, hart, ausdauernd, durchaus konflikthaft, in der Ernsthaftigkeit, die der Sache gebührt, humorvoll und vergnügt, wahrnehmend, dass es unterschiedliche Sichtweisen gibt, die aufeinander zu beziehen sind, es gibt nichts Sinnvolleres, was – auch der geistigen – Gesundheit zugute kommt.

Darum gibt es zur Selbständigen Schule, gerade dann, wenn es um Gesundheit geht, keine Alternative. Sie ist eine salutogene Chance. Wer Fremdnutzer ist und bleibt in einem verordneten System, der steckt sich täglich neu an mit Sinn gefährdenden Viren. Fremdnutzer zu sein in einem verordneten System führt zu grassierender Immunschwäche. Sie hat schon zu viele vorzeitig hingerafft, als dass dieser Weg weiter beschritten werden dürfte.

Wer dies gewollt herabsetzend als ›Kuschelpädagogik‹ bezeichnet, dem antworte ich folgendermaßen:

- Wer eine Pädagogik des Zuspruchs, der Zuwendung, der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts mit dem perfiden, karikaturhaften Klischee der ›Kuschelpädagogik‹ diffamiert, der vergiftet die Brunnen, aus denen die Wissensdurstigen trinken wollen.

Der Weg zur Selbstständigen Schule ist das gesundheitsfördernde Ziel. Ihn zu gehen, auf ihm voranzugehen, das ist zuallererst die Aufgabe und Möglichkeit der Lehrerinnen und Lehrer, die sich darin als Professionelle erweisen. Als Wegweiser, an dem sich Kinder und Jugendliche, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und die Partner im Gemeinwesen orientieren können, habe ich schon vor Jahren dreizehn Fragen gestellt – und ich finde, sie sind so aktuell wie je. Wer an diesen Fragen interessiert ist und wissen will, wie helfende Antworten im Schulentwicklungsprozess zu finden sind, kann sich mit mir in Verbindung setzen. Hoffentlich einladende erste Hinweise finden sich z. B. bei www.otto-herz.de.

Otto Herz, Im Buchenwalde 2, 33617 Bielefeld, (01 72) 6 52 34 67,
otto.herz@gmx.de

Brigitte Schumann

Fehlende Gleichstellung für Menschen mit Behinderung in der Bildung

Mit der Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) am 28.02.2002 hat der Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz definiert, dass die öffentlich gestalteten Lebensbereiche barrierefrei, d.h. ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe, für Behinderte zugänglich sein müssen. Die universelle Anwendung der Bürgerrechte auf Menschen mit Behinderungen sei damit für den Bereich des öffentlichen Rechts gesetzlich normiert, freute sich die Behindertenbewegung.

Die Bundesländer im Einzelnen

Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz im Dezember 2002 die bundesgesetzlichen Bestimmungen in einem Gleichstellungsgesetz auf die Landesebene übertragen. Wer erwartet hatte, dass die neue Werteentscheidung durch den Bundesgesetzgeber auch im Bereich der bildungspolitischen Landeskompetenz Anwendung finden würde, sah sich bitter enttäuscht. Zwar sollen behinderte Schülerinnen und Schüler das schulische Bildungs- und Erziehungsangebot in Rheinland-Pfalz grundsätzlich »selbständig«, »barrierefrei« und »gemeinsam« mit nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern nutzen können, aber doch nur, »wenn hierfür die sächlichen, räumlichen, personellen und organisatorischen Bedingungen geschaffen werden können«.

Inzwischen haben weitere Länder mit Gesetzen bzw. Gesetzgebungsverfahren nachgezogen. Aber der Regelungsbereich der Bildung ist überall hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Dabei ist unbestritten, dass gerade die Schule für die volle Teilhabe und gesellschaftliche Gleichstellung der zentrale öffentlich gestaltete Lebensbereich ist. Ebenso unbestritten ist, dass unser derzeitiges Schulsystem fast allen Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen den Zugang zu den allgemeinbildenden Schulen versperrt.

Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein schränken durch den Finanzvorbehalt in ihren Gleichstellungsgesetzen das Recht auf integrativen Unterricht weiterhin ein. Bayern verweist darauf, dass es die Regelungen für Kindergarten, Hort und Schule in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren zu regeln gedächte. Das ist scheinheilig, denn so kann es an einem defizit-orientierten Behindertenbegriff festhalten, der es erlaubt, die erzwungene Separierung in Sondererrichtungen zu rechtfertigen.

Die Landesregierung von NRW erklärt, dass der Bereich »Behinderte und Schule« noch nicht in dem Maße »entscheidungsreif« sei, »als dass schon in diesem Gesetz konkrete Änderungen vorgeschlagen werden könnten«. Daneben gibt es auch Bundesländer wie Hessen, die es überhaupt nicht eilig haben mit einem Landesgleichstellungsgesetz.

Sonderschulen zu Förderzentren

Das Forum behinderter Juristinnen und Juristen hält dieser Politik, die bezogen auf die Barrierefreiheit mit zweierlei Maß misst, ihren uneingeschränkten Anspruch auf Gleichstellung in allen Politikfeldern entgegen. Zur Umsetzung des Rechts auf gemeinsame und barrierefreie Bildung für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen fordert das Forum innerhalb von festgesetzten Fristen die Umwandlung der Sonderschulen in Förderzentren. »Das Förderzentrum ist grundsätzlich eine »ambulante Schule«, da es für den Förderschwerpunkt die fachliche Beratung und Unterstützung der allgemeinen Schule organisiert«, heißt es in den Erläuterungen zu dem vorgelegten Mustergesetzentwurf. »Die vorhandenen Kompetenzen der Sonderschulpädagogik werden so für die integrativen Klassen genutzt.«

Fazit

Auch im europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen bleibt die Gleichstellung von behinderten Schülerinnen und Schülern in Deutschland ein Tabu. Deutschland ist Spitzenreiter in der Segregation. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in Sonderschulen unterrichtet werden, liegt in Deutschland bei 93 %, dagegen in den meisten europäischen Ländern weit unter 10 %.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass wir eine verbindliche EU-Richtlinie für den Bildungsbereich brauchen, die Deutschland an die bildungspolitischen Standards in Europa heranführt. Denn trotz PISA und IGLU gibt es derzeit keine Anzeichen, dass die Bildungspolitik in Deutschland ein Bewusstsein von der Unteilbarkeit des Menschenrechtes auf Bildung entwickelt.

(Die ungekürzte Fassung dieses Textes erschien am 6.8.2003 in der Frankfurter Rundschau.)

Brigitte Schumann, Bildungsexpertin von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen, Rüttenscheider Str.18, 45128 Essen, E-mail: ifenici@aol.com

Sabine Kubesch

Zur Neurobiologie des Sportunterrichts

Die (Bewegungs-)Neurowissenschaft hat in den vergangenen zehn Jahren in zahlreichen Untersuchungen gezeigt, dass körperliche Aktivität zur Aufrechterhaltung und Verbesserung von Hirnfunktionen führt. Es wurde beispielsweise nachgewiesen, dass Alzheimerpatienten und -patientinnen im Vergleich zu einer gesunden Kontrollgruppe im mittleren Lebensalter weniger sportlich aktiv waren und körperlich aktive Menschen ein geringeres Risiko tragen, an Demenz zu erkranken. Kognitive Funktionen älterer Menschen werden durch ein regelmäßiges Kraft-Ausdauertraining erheblich gefördert. Am stärksten profitieren dabei die so genannten exekutiven Funktionen zur Handlungskontrolle, zu denen die Lenkung und Fokussierung von Aufmerksamkeit, die Handlungsplanung und Stresskontrolle sowie das Arbeitsgedächtnis gezählt werden. Exekutive Funktionen sind

bei impulsiv-aggressiven Kindern sowie bei Kindern und Jugendlichen, die unter dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom leiden, eingeschränkt.

Möglichkeiten des Sports nutzen

Da die Aufrechterhaltung der geistigen Gesundheit von älteren Menschen aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend an gesundheits- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung gewinnt, sollten diese Möglichkeiten des Sports genutzt werden. Untersuchungen an jungen Menschen zum Einfluss von körperlicher Aktivität auf Gehirnprozesse fehlen bislang weitgehend, werden zukünftig aber auf Grundlage der besseren technischen Möglichkeiten, das Gehirn unter körperlicher Beanspruchung zu untersuchen, verstärkt durchgeführt werden. Bereits heute verweisen vor allem Untersuchungsergebnisse aus Tierexperimenten, die sich auf den Menschen übertragen lassen, auf die Bedeutung von körperlicher Aktivität auf die lebenslange Anpassungsfähigkeit des Gehirns (Neuroplastizität) im Allgemeinen und die Verbesserung von Lern- und Gedächtnisprozessen im Besonderen.

Was hat Sport mit Intelligenz zu tun?

Körperliche Aktivität fördert auf neuronaler Ebene Gehirnprozesse, indem sie auf die Struktur und Funktionsweise des Gehirns einwirkt. Bereits im Mutterleib wird durch das Bewegen des Fötus die Bildung, Entwicklung und Vernetzung von Nervenzellen angeregt. Die Anzahl der Nervenzellen und die gezielten Verbindungen, die sie mit anderen Neuronen eingehen, ermöglichen eine große Bandbreite von Verhaltensreaktionen und fördern die Entwicklung der Intelligenz. Bewegung zählt deshalb zu den wichtigsten Stimulationen des fötalen Gehirns. Über die Bewegungsmöglichkeiten in Kindergärten und den Sportunterricht an Schulen kann weiter auf die Struktur, die Funktion und die Vernetzung von Nervenzellen eingewirkt und dadurch das emotionale, kognitive und soziale Verhalten von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst werden.

Bewegung fördert Lern- und Gedächtnisprozesse

Lernen, ein Beispiel für neuronale Plastizität, ist verbunden mit einer Steigerung des neurotrophen (auf Nerven einwirkenden) Wachstumsfaktors BDNF (engl.: Brain Derived Neurotrophic Factor). Das bedeutet, dass Mechanismen, die die Konzentration an BDNF erhöhen, wie dies durch körperliche Aktivität ermöglicht wird, Lernprozesse verbessern können. Die durch körperliche Aktivität bedingte BDNF-Steigerung regt zeitlebens die Neubildung von Nervenzellen im Hippokampus an, eine Gehirnregion, die zentral ist für Lernen und Gedächtnisfunktionen. Der Hippokampus wird mit allen Bereichen des deklarativen Gedächtnisses in Verbindung gebracht. Dazu zählen das semantische, das episodische und das räumliche Gedächtnis. Akuter und chronischer Stress bewirken dagegen einen Rückgang von BDNF im Hippokampus. Gleichzeitig wirken weitere, über körperliche Aktivität angeregte, molekulare Mechanismen Stress entgegen und verringern den Rückgang von BDNF im Hippokampus. Körperliche Aktivität stellt demnach ein relativ einfaches Mittel dar, um molekulare und zelluläre Veränderungen anzustoßen, die die neuronale Plastizität aufrecht erhalten und verbessern.

Sportunterricht wirkt über das Gehirn auf Sozialverhalten

Soziales Lernen findet nicht im Hippokampus, sondern im Frontalhirn statt, das erst mit etwa 25 Jahren vollständig entwickelt ist. Im Frontalhirn werden im Gegensatz zum Hippokampus nicht Fakten gespeichert, sondern allgemeine Regeln. Aus diesem Grund können soziale Kompetenzen, die über den Sport vermittelt und erlebt



werden, wie Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft und die Disziplin, längerfristig auf ein Ziel hinzutrainieren, auf andere Bereiche übertragen werden. Gerade der Sportunterricht kann dadurch ein idealer Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche für das Leben lernen. Das menschliche Gehirn besteht aus etwa 100 Milliarden Neuronen, deren Aufgabe darin besteht, Informationen an andere Nervenzellen weiterzuleiten. Neuronen kommunizieren in erster Linie über die Ausschüttung von Transmittern (Botenstoffe) in chemischen Synapsen (Verbindungsstelle zwischen Nervenzellen). Die Neurotransmitter Serotonin, Noradrenalin und Dopamin sind als globalisierende Transmittersysteme für eine gesunde emotionale und kognitive Entwicklung von großer Bedeutung; ihre Konzentrationen können durch körperliche Aktivität gesteigert werden. Serotonin beeinflusst beispielsweise eine Vielzahl zentralnervöser Prozesse und spielt bei den unterschiedlichsten psychiatrischen und neurologischen Erkrankungen eine bedeutende Rolle. Kann das Serotoninsystem aufgrund genetischer oder nachteiliger frühkindlicher Entwicklungsbedingungen nicht optimal ausreifen, besteht, so vermutet man, schon früh die Prädisposition für impulsives, antisoziales, aggressives und melancholisches Verhalten, woraus in der weiteren Folge neurologisch-psychiatrische Erkrankungen entstehen können. Die stimmungsteigernde, antiaggressive und angstlösende Wirkung, aber auch die verbesserten kognitiven Funktionen nach körperlicher Belastung werden unter anderem auf die vermehrte Serotoninbiosynthese zurückgeführt.

Forderung nach mehr Sportunterricht

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse ist es aus neurobiologischer Perspektive unverstänlich, dass dem Sportunterricht an Schulen und dem Bewegungsangebot an Kindergärten nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zugesprochen wird. Durch einen guten und möglichst häufigen Sportunterricht ist es möglich, die Leistungsfähigkeit der Schüler in anderen Fächern zu unterstützen und das soziale Klima an Schulen zu verbessern. Die berechtigte Forderung nach drei und mehr Sportstunden in der Woche ist deshalb auch eine Forderung der Bewegungs-Neurowissenschaft und wird durch ihre Forschungsergebnisse gestützt.

Sabine Kubesch, Abteilung Psychiatrie III, Universität Ulm, Leimgrubenweg 12-14, 89075 Ulm, Tel.: (07 31) 50 02 14 51, E-mail: sabine.kubesch@medizin.uni-ulm.de

Was wir wollen, wissen wir: starke junge Menschen, ihrer selbst sicher, ausgestattet mit Zutrauen in ihre Möglichkeiten und Mut zu Neuem. Gerne sollen sie lernen und Lust am Entdecken haben: für ein ganzes Leben. Einmischungs- und kooperationsbereit wünschen wir sie uns, teamfähig, tolerant und offen im Umgang mit der Vielfalt der Menschen – kreativ im Finden von Lösungen, angstfrei gegenüber möglichen Fehlern oder Irrwegen. Gruppenfähig sollen sie selbstverständlich sein, empathisch und verantwortungsbereit. Über umfangreiches Wissen sollen sie verfügen, selbständig denken, methodenkompetent arbeiten und problemlösend handeln können. Und das alles in möglichst fächerübergreifenden Zusammenhängen und sinnstiftenden Kontexten. Selbstverständlich sollen sie zudem fundierte Wertvorstellungen, Ordnungsmuster und Handlungsnormen ihr eigen nennen.

Was wir haben

Was wir haben, ist menschlich beschämend und gesellschaftspolitisch kurzsichtig. Die internationalen PISA-Vergleichsuntersuchungen haben uns gespiegelt: Wir haben ein Bildungssystem, das diesen Zielen widerspricht. 33 % unserer 15-jährigen sind in ihm durch Abstufung, Abschulung, Schulverweis oder Sitzenbleiben beschämt worden, was keine Leistungssteigerungen oder sonstigen Vorteile bringt, uns aber überalterte, demotivierte, gedemütigte, Beschädigte, keineswegs selbstbewusste Jugendliche sowie hohe Kosten beschert. Wir fördern unsere Migrantenkinder völlig unzureichend und entlassen Jahr für Jahr eine Risikogruppe von 23% junger Menschen in die Arbeitswelt, die über keine ausreichenden Basiskompetenzen verfügen, um erfolgreich in den Wirtschaftskreislauf eingegliedert zu werden. Wir lassen zu, dass uns ein geradezu katastrophaler Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischer Leistung nachgewiesen wird. Und wir müssen erkennen, dass die bedrückend schlechten Leistungen des unteren Drittels sich nicht einmal ›gelohnt‹ haben durch besonders gute des oberen Drittels.

Was getan wird, reicht nicht

Statt eine Bildungsrevolution auszurufen, soll das nachgewiesenermaßen gescheiterte System systemimmanent und möglichst kostenneutral repariert werden – und zwar mit eben den Mitteln, die sein Scheitern verursacht haben. Sonder-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien bestehen. Die dafür nötige frühe Sortierung wird effektiviert. Leistung beruht weiterhin auf Normierung und Vergleich, soll jedoch durch mehr Leistungsdruck, Vergleichstests und Prüfungsverschärfungen auf der Basis festgelegter Standards gesteigert werden. Die Nichterfüllung der gesetzten Normen führt weiterhin zu auslesender Abstufung in die niedrigere Klassenstufe oder Schulform.

Eine andere Einstellung zu unserem Auftrag

Nicht die Kinder und Jugendlichen müssen in unser Bildungssystem eingepasst werden und die Folgen tragen, wenn sie die gesetzten Normen nicht erfüllen – nicht die Eltern müssen mit Hilfe von Liebesentzug, Hausaufgabenterror, teuer bezahlten Nachhilfestunden und ebenso teuer erkauftem Privatunterricht für die ergänzende Ausbildung der kreativ-musischen Möglichkeiten ihrer Kinder aufkommen – das System selbst muss die Verantwortung für die umfassende Bildung und individuelle Förderung eines jeden Kindes übernehmen und rechtfertigen.

Eine andere Einstellung zu Pädagoginnen und Pädagogen

Nur die Besten sollten Sozialpädagogen und Erzieherinnen, Lehrer und Institutsleiterinnen sein dürfen. Alle müssten an Hochschulen in unterschiedlichen, aber gleich hoch gewerteten Studienrichtungen hervorragend ausgebildet und natürlich später auch gleich bezahlt werden (wenn es denn sein muss, auf einem insgesamt niedrigeren Niveau). Diagnostisch kompetente, pädagogisch-psychologisch geschulte, didaktisch versierte und fachkompetente Menschen sollten das Lernen, den schulischen Alltag und auch die Lebensprobleme unserer Kinder erkennen, bedenken und begleiten können – alle dem Ganzen der Pädagogik und nicht nur ihren eigenen ›Fächern‹ verantwortlich. Aus ihrer verantwortungsvollen Aufgabe folgt, dass sie zu ständiger Fort- und Weiterbildung verpflichtet werden.

Eine andere Einstellung zum Lernen und Leisten

Wir müssen endlich Abschied nehmen vom Lernen im verordneten Gleichschritt, vom Lernen im 45-Minutentakt, vom Lernen in starren Fächergrenzen, vom Lernen auf die nächste Prüfung hin, nur an Vormittagen und im Jahrgangsverbund. Das Lernen selbst muss gelernt und auch gelehrt werden als problemlösendes, selbsttätiges, eigenverantwortliches und handlungsorientierendes Lernen in sinnstiftenden Zusammenhängen. Wir brauchen den höchstmöglichen Leistungsanspruch, der denkbar ist: jedes Kind soll so viel leisten können, dürfen und müssen, wie es zu leisten in der Lage ist. Dafür ist große diagnostische Kompetenz der Lehrkräfte nötig, muss Zeit sein für individuelle Förderung. Wir brauchen Lernen durch Vergleich – Vergleiche aber, die Mut machen, nicht verzagt, die anstacheln, nicht demütigen. Wir brauchen Leistung als Bewältigung einer Sache, Erreichen eines selbst gesetzten Ziels: im eigenen Zeitraster, nach eigenem Entwicklungsmaßstab und eigenem Leistungsvermögen, immer jedoch mit kompetenter Unterstützung. Wir brauchen vermutlich auch bundesweite Standards und darauf aufbauend gestufte Pflichtprüfungsaufgaben – aber wann ein Lernender sich ihnen stellt, ob er mit den Ergebnissen zufrieden ist oder sie verbessern will, könnte ihm selbst überlassen bleiben. Entsprechende Zertifikate mit den erreichten Prozenträngen würden in Leistungsmappen gesammelt, die jedoch auch noch vieles mehr enthielten, das der Lernende als besonders gelungen ansieht und mit dem er sich zeigen will: z. B. Bescheinigungen über erfolgreich absolvierte Kurse in unterschiedlichsten Fertigkeiten; Jahresarbeiten, Referate, Gedichte, Aufsätze, Bilder, Werkstücke, Theater- oder Musikrezensionen. Jede Schülerin und jeder Schüler verantwortete so selbst das eigene Lernprofil und den eigenen Lernweg, dürfte stolz auf sich und die in der Gesamtschau mit niemandem zu vergleichende eigene Leistung sein.

Mut, Neues zu wagen

Warum nur fällt es uns nach wie vor so unendlich schwer, sich einen einheitlichen Bildungsgang vom Kindergarten bis zum Ende ihrer Pflichtschulzeit vorzustellen? In einem Verbund von Kindertagesstätten und Schulen, die von allen Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Gruppierungen, mit all ihren körperlichen und geistigen Möglichkeiten, ethnischen Herkunft und religiösen Orientierungen besucht werden? In einer ›Mischung‹ jenseits von Wohngebietsgrenzen, die stimmen muss, damit sie alle bereichert? Ich halte dies noch keineswegs für eine hinreichende, unbedingt aber notwendige Bedingung für die grundlegende Veränderung und Verbesserung unseres Bildungssystems. Wagen wir die Bildungsrevolution – besser heute, nicht erst morgen!

Welche Argumente gibt es angesichts überzeugender Vorbilder international, aber auch im eigenen Land noch dagegen? Gemeinsam könnten wir den verunsicherten Politikerinnen und Politikern beistehen

Susanne Thurn, Laborschule Uni Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld,
Tel.: (0521) 106 00, E-mail: susanne.thurn@uni-bielefeld.de

(Die ungekürzte Fassung dieses Textes erschien am 3. 9. 2003 in der Frankfurter Rundschau.)

Rotraut Walden

Das Schulgebäude – ›der dritte Lehrer‹

Architekturpsychologie befasst sich mit dem Erleben und Verhalten von Menschen unter der Wirkung von Gebäuden – Krankenhäusern, Wohnungen und Schulen. Nach den Kindern in der Klasse und den Lehrkräften selbst kann das Schulgebäude als ›der dritte Lehrer‹ in einer Schule betrachtet werden, da es das Lernumfeld und die Lernbedingungen wesentlich bestimmt.

Wonach sollten sich Planerinnen und Bauherren richten?

Aus der Kritik an vielen Bauten und der Beschäftigung mit zukunftsweisenden Schulen leiten wir Grundsätze für eine andere Art von Schule ab. Das Planungsteam einer Schule in der Eifel hat bereits um 1820 gesagt: »Unsere Kinder sollen stolz auf ihr Schulhaus sein, sie sollen sich wohl fühlen, sie sollen geschützt sein vor Kälte. Sie sollen eine Lernfreude entwickeln und eine gelingende Gemeinschaft bilden können.«

Uns geht es um Erlebnisqualität – dass man die Schule anbindet an die Gemeinde, dass in ihr Begegnung möglich ist, dass Mitglieder der Gemeinde sich dort weiter qualifizieren können, dass sie einen hohen Freizeitwert hat. Dabei denken wir aber auch immer an die Befähigung zu besserer Leistung für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Es geht nicht darum, den Leistungsdruck zu erhöhen, sondern Ressourcen zu nutzen, die natürlicherweise da sind, wenn die Umwelt optimal gestaltet wird. Zukunftsweisende Schulen sollen auch das Sozialklima verbessern.

Wann fühlen sich Schülerinnen und Schüler in einer Schule wohl?

Die Schulen der Zukunft sollen Lernorte und Lebensräume sein. Schon bei der Planung sollen sie die Wünsche von Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften berücksichtigen. Sie sollen ein wohnliches Design haben und Atmosphäre ausstrahlen. Um ein ›Zuhausefühlen‹ in einer Schule zu erreichen, in der Kinder und Lehrkräfte ja sehr lange Zeit zubringen, muss es selbstverständlich sein, dass diese und die Eltern ihre Schule mitgestalten können. Ein wichtiger Effekt bei gelungener Selbstgestaltung von Schulen ist die Zunahme von Verantwortungsgefühl für die Umwelt, das Anwachsen von Kreativität und Umweltintelligenz und eine Abnahme von Vandalismus. Wir schätzen die Vandalismus-Kosten an Schulen in Deutschland auf 50 Millionen Euro jährlich.

Was sind die schlimmsten Fehler, die man beim Schulbau machen kann?

Die häufigsten Fehler sind zu große Gebäude, schlechte Verbindung vom Eingang zu den Klassen, Energieverlust durch Zugluft, zu kleine Klassenzimmer, fehlende Gemeinschaftseinrichtungen, fehlende

Schallisolierung, Barrieren für Behinderte sowie mangelhafte Instandhaltung nach Fällen von Vandalismus.

Zukunftsweisende Schulen berücksichtigen vieles: Mitentscheidungsrechte aller Nutzerinnen und Nutzer, umweltfreundliche Baumaterialien, die Möglichkeit, räumliche Bedingungen (Beleuchtung, Beheizung etc.) selbst zu regulieren, eine klare Orientierung bereits am Eingang, natürliche Belichtung, Flexibilität und Multifunktionalität der Räume, Gliederung der Klassenzimmer und Gänge, um Rückzugsmöglichkeiten (auch für Lehrerinnen und Lehrer) zu bieten, gute Akustik und Schallschutz, unfallsichere Spielgeräte auf dem Schulhof, möglichst ein Angebot für ein ›Erfahrungsfeld der Sinne‹.

Durch die höhere Umweltkompetenz aller Beteiligten in Schulen der Zukunft setzen sich alle eher für den bewussten Umgang mit gefährlichen Gegenständen ein. Außerdem sollten bereits im Vorfeld Gefahrenquellen vermieden werden. Fachräume für Chemie, Küchen, Reinigungsmittel, Sporthallen, gerundete Möbel nach kindgemäßen Maßstäben, Treppen, Durchgänge, Anfahrtswege für Krankentransporte, Spielgerät – alles verdient genauere Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der Arbeitssicherheit und Gesundheit.

In mehreren Beispielen haben wir uns mit Neubauten beschäftigt, z. B. einer Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen. Diese Schule ist wie eine kleine Stadt konzipiert und besteht aus vielen Häusern des Lebens und Lernens. Unter der Leitung von Peter Hübner und dessen Team durften die Kinder selbst ihr Schulhaus entwerfen. Die ersten fünf der von den Schülern und Schülerinnen entworfenen Schulhäuser sind von den Architekten schon in Baupläne gefasst und umgesetzt worden. In einem Jahr wird der letzte Bau einer ›Hauseinheit‹ folgen. Sechs ›Einfamilienhäuser‹ ergeben dann jeweils einen Hauskomplex, in dem die einzelnen Klassen leben und lernen werden. Die Kinder bleiben, bis sie in die Sekundarstufe II wechseln, in ›ihrem Haus‹. Jede Einheit verfügt über einen Klassenwohnraum, eine Galerie, sanitäre Anlagen, einen Pausenraum, einen selbst zu versorgenden Garten und einen eigenen Eingang. Die Fach-, Sonder- und Mehrzweckräume befinden sich in von acht verschiedenen Architekten entworfenen Häusern an der ›Stadtstraße‹. Mit eingeschlossen ist ein ›Stadthaus‹, das die Verbindung zwischen Schule und Stadtteil darstellt. Hier werden Stadtteilpsychologinnen oder Sozialarbeiter arbeiten.

Was könnte bei zurückgehenden Schülerzahlen mit älteren Schulen gemacht werden?

Sie könnten zu Ganztagschulen, Gemeindezentren, Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auch am Nachmittag und Abend u. ä. umgestaltet werden.

Erste Beispiele belegen, dass die ›Wohlfühlschule‹ nicht teuer sein muss. Die vom o.g. Architekturbüro gebauten Schulen liegen in den Kosten unter den durchschnittlichen Werten öffentlicher Schulbauten. Zwei Beispiele in unserem Buch (Rotraut Walden/Simone Borrelbach: Schulen der Zukunft. Gestaltungsvorschläge der Architekturpsychologie. Verlag Asanger Heidelberg 2002, mit Farbfotos, 19 Euro) beschäftigen sich mit dem Umbau von alten Schulen. Beim Umbau des Martin-Luther-Gymnasiums und einer Grundschule in Wittenberg haben Schülerinnen und Schüler und Friedensreich Hundertwasser die Vorschläge gemacht. Diese Schule gilt als Musterbeispiel für eine gelungene Schulsanierung.

Dr. Rotraut Walden, Universität in Koblenz, Institut für Psychologie,
Universitätsstr. 1, 56070 Koblenz, Tel.: (02 61) 2 87-19 30, Fax: (02 61) 2 87-19f21,
E-mail: walden@uni-koblenz.de

Förderung von Gesundheitspotentialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich

A

Aktuelles

Kinder aus armen Familien weisen mehr medizinisch relevante Diagnosen auf als Kinder aus Familien gesicherter sozialer Lage. Defizite sind u. a. in den Bereichen Motorik, Zahngesundheit, Bewegungs- apparat und Sprachentwicklung aufzufinden. Mehr gesundheitliche Belastungen, weniger Bewältigungsressourcen und eine ungünstigere Inanspruchnahme der gesundheitlichen Versorgung sind Folgen dieser Entwicklung. Schon im Vorschulbereich werden zunehmende motorische Defizite, Unruhe und abnehmende Konzentrationsfähigkeit festgestellt, denen im ungünstigen Fall spätere Verhaltensauffälligkeiten und Schulprobleme folgen. Einrichtungen zur außerhäuslichen Kinderbetreuung können auf diese Defizite ausgleichend und kompensierend wirken.

Individuelle Förderung kann dort einsetzen, wo sie aufgrund innerfamiliärer oder sozialstruktureller Mängel dringend benötigt wird. Da Gesundheitsförderungs-potentiale sich bereits im frühen Kindesalter aktivieren lassen, bietet der gute Zugang, der im Elementarbereich zu Kindern und Eltern aller sozialen Lagen gegeben ist, die Chance, den Kontakt zu sozial benachteiligten Kindern und Eltern auszubauen. Über den Setting-Ansatz können sie in die Präventionsarbeit integriert, in ihrer persönlichen Handlungsfähigkeit gestärkt und zu gesundheitsgerechtem Verhalten motiviert werden.

Projektziele und Zielgruppen

Da für den Kindertagesstättenbereich bisher keine Erfahrungen mit dem Setting-Ansatz vorliegen, eröffnet das Projekt ein neues Handlungsfeld mit Modellcharakter. Ziel des Projektes ist, unter aktiver Beteiligung der Betroffenen die jeweiligen Gesundheits-potentiale im Lebens- und Arbeitsbereich zu ermitteln und im Setting einen Prozess geplanter organisatorischer Veränderungen anzuregen und zu unterstützen, der über die Schaffung gesundheitsgerechter Verhältnisse die gesundheitliche Situation der Betroffenen nachhaltig verbessert.

Zu den weiteren Projektzielen gehören u. a. die Entwicklung eines übertragbaren Handlungskonzeptes zur Umsetzung der Ergebnisse und der Wissenstransfer durch Einbindung der Ergebnisse in Weiterbildungscurricula für Erzieherinnen und Erzieher. Zu den Zielgruppen des Projekts gehören alle Akteure im Lebens- und Arbeitsbereich ›Kindertagesstätte, insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kindertageseinrichtungen, Kinder im Elementarbereich und Eltern.

Umsetzung in drei Jahren

Das Gesamtprojekt ist auf drei Jahre anlegt. Es untergliedert sich in drei Projektphasen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und beinhaltet u. a.:

- Entwicklung eines Handlungskonzeptes zur Gesundheitsförderung von sozial benachteiligten Kindern unter Beteiligung von Expertinnen und Experten aus der Praxis,
- Einbeziehung eines Projektbeirats/einer Steuerungsgruppe,
- Kooperation mit verschiedenen Akteuren und Institutionen vor Ort,
- Entwicklung von Handlungshilfen für den Kitabereich,
- Erprobung an verschiedenen Modellstandorten in fünf verschiedenen Bundesländern.

Als Ergebnis sollen Grundstruktur und wichtigste Prämissen eines Praxisansatzes ›Gesundheitsfördernde KiTas‹ entstehen. Das Projekt wird in Kooperation mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt (ISS) durchgeführt.

Anschrift: siehe Impressum

Versicherungsschutz für Ehrenamtliche

Für die rund 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Land Niedersachsen ehrenamtlich engagieren, hat die Niedersächsische Landesregierung die Lücken im Versicherungsschutz für ehrenamtlich Aktive geschlossen.

Erleiden ehrenamtlich Engagierte einen Personenschaden oder werden sie haftpflichtig gemacht, stellt sich die Frage nach dem Versicherungsschutz. Niedersachsen hat für sie mit der Versicherungsgruppe Hannover (VGH) Rahmenverträge für einen subsidiären Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz abgeschlossen. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger aus Niedersachsen ohne privaten oder gesetzlichen Unfallschutz während der Ausübung ihres Ehrenamtes jetzt unfallversichert sind. Ehrenamtliche, die in Vereinen oder Initiativen eine herausgehobene Tätigkeit wie etwa Vorstandsarbeit ausüben, genießen zudem einen für sie kostenlosen Haftpflichtschutz. Die Prämien für die Rahmenverträge zahlt das Land. ›Die Beseitigung der Lücken im Versicherungsschutz ist ein wichtiger Beitrag für die Förderung von

sozialem Engagement, sagte Ministerpräsident Wulff bei der gemeinsamen Vorstellung der Initiative mit dem Vorstandsvorsitzenden der VGH Versicherungen, Robert Pohlhausen.

Der subsidiäre Versicherungsschutz stellt eine Auffanglösung für diejenigen dar, die keinen anderen Versicherungsschutz besitzen. Der Rahmenvertrag ersetzt aber nicht die Vereinshaftpflichtversicherung. Diese müssen Vereine, Selbsthilfegruppen oder andere Initiativen mit Vereinsstrukturen abschließen, um den Verein selbst sowie seine Mitglieder abzusichern. Der Schutz aus dem Rahmenvertrag trete gegenüber dem Schutz aus Versicherungen der Trägerorganisationen und Vereine nur nachrangig ein. (mgw)

Weitere Informationen über den zusätzlichen Versicherungsschutz erteilen die VGH-Versicherungen, Schiffgraben 4, 30159 Hannover. Ab sofort ist dort eine Hotline unter der Telefonnummer 05 11-36225 66 freigeschaltet.

Kontakt: Staatskanzlei, Nina Hacker (05 11) 1 20-6951; VGH-Versicherungen, Karl-Heinz Vach (05 11) 3 62-21 23. Im Internet können unter www.freiwilligenserver.de (eingereicht vom Niedersächsischen Sozialministerium) ebenfalls Infos zum Versicherungsschutz für ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger abgerufen werden.

Petra Kolip, Angelika Maasberg

›essen – bewegen – wohl fühlen‹

Unter dem o. g. Titel führen die Kaufmännische Krankenkasse, die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens und die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen ein Pilotprojekt zur Prävention von gestörtem Essverhalten in der Grundschule durch. Ziel des Projektes ist es, eine positive Veränderung des Ess- und Bewegungsverhaltens von Grundschulkindern zu erreichen und das Thema ›Gesundheit‹ nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren.

Hintergrund des Modellprojekts ist die Tatsache, dass etwa 10–15% der Grundschülerinnen und -schüler als übergewichtig, weitere 5% sogar als adipös gelten. Diese u. ä. Zahlen zur körperlichen Entwicklung im Kindesalter sind erst in den vergangenen Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Übergewicht und Adipositas wirken sich nicht nur auf die Gesundheit im Kindes-

alter aus, sondern haben auch Einfluss auf die Gesundheit im Erwachsenenalter. Die Ursachen für Übergewicht sind sehr vielfältig. Daher müssen Präventionsangebote sowohl das Ernährungs- und das Bewegungsverhalten in den Blick nehmen als auch zielgruppenspezifische Angebote und Strukturen entwickeln, die den Lebensbedingungen von Mädchen und Jungen, ihren Gewohnheiten und Einstellungen sowie ihren Vorstellungen von Gesundheit und Wohlbefinden Rechnung tragen.

Als besonders sensible Phase für die Entwicklung von Übergewicht gelten neben der Pubertät das 5.-7. Lebensjahr. Aus diesem Grund kommt dem Setting Grundschule eine wichtige Rolle für die Entwicklung gesundheitsbezogener Interventionen zu. Schule kann dazu beitragen, dass Kinder und ihre Eltern ein weitreichendes Gesundheitsempfinden entwickeln, das sich auf den Freizeitbereich und in die Familie überträgt. Damit dies gelingt, benötigen Grundschulkinder frühzeitig persönlichkeitsstärkende Angebote, die ihre Handlungskompetenz bzgl. ihrer Alltagsbewältigung in den Bereichen Ernährung, Bewegung und Wohlbefinden erweitern.

Das Modellprojekt ›essen – bewegen – wohl fühlen‹ konzentriert sich auf Niedersachsen und umfasst zehn Grundschulen aus unterschiedlichen Regionen. Es ist auf drei Jahre angelegt und hat im November 2003 begonnen. Die Umsetzung erfolgt durch die Unterstützung von speziell für die Projektaufgaben qualifizierten Gesundheitsberaterinnen und -berater. In enger Zusammenarbeit mit den Schulen sollen sie einen Prozess gezielter organisatorischer Veränderungen anregen und unterstützen, der maßgeschneiderte Angebote und Strukturen für die Kinder, Eltern und die ganze Schule entwickelt und die gesundheitliche Situation der Beteiligten nachhaltig verbessert.

Die wissenschaftliche Begleitung wird vom Zentrum für Public Health der Uni Bremen durchgeführt. Im Mittelpunkt steht dabei die Prozessevaluation, also die Frage, inwieweit es gelingt, gemeinsam mit den Schulen passende Präventionsangebote zu entwickeln. Ziel ist es, die positiven Erfahrungen systematisch zu erfassen, um sie auf andere Projekte übertragbar zu machen.

Prof. Dr. Petra Kolip, Universität Bremen/FB 11,
Grazer Str. 2a, 28334 Bremen, (04 21) 2 18-97 26 oder
(04 21) 5 959 640, kolip@bips.uni-bremen.de
Angelika Maasberg, Anschrift: siehe Impressum

Trotz sich ständig verbessernder medizinischer und gesundheitswissenschaftlicher Erkenntnisse und Möglichkeiten der Prävention, Gesundheitsförderung und Kuration leiden viele Kinder und Jugendliche an gesundheitlichen Problemen. Dies gilt im Setting Schule auch für die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und das nicht-pädagogische Personal.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bertelsmann-Stiftung im Jahr 2002 entschieden, Anshub.de zu initiieren und die Situation an Schulen in Expertenforen zu analysieren.

Wie stellt sich die Situation in den Schulen dar?

Für alle, die in und für Schulen arbeiten oder sich mit dem ›System Schule‹ auseinandersetzen, ist klar, dass Reformen dringend erforderlich sind. Nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse ist der Druck auf die Schulen weiter gewachsen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Expertenforen wiesen auf die Gefahr hin, dass es durch den Druck auf die Schulen zu einer verkürzten Betrachtung und Bewertung von Leistungen und Lernergebnissen kommen kann. Eine mögliche Folge wäre in diesem Fall, dass die gesundheitliche Situation in den Schulen aus dem Blick gerät. Langfristig wäre dann zu erwarten, dass sich die angestrebten Veränderungsprozesse nicht einstellen, da sie sich als krankmachende Belastung für die Beteiligten auswirken.

Beim Engagement für die Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten wurde in der zurückliegenden Zeit die Diskussion häufig ohne eine ausreichende Berücksichtigung des ›Bildungs- und Erziehungsauftrages‹ der Schulen geführt. Aber eine Kopplung der (Weiter-)Entwicklung von Angeboten aus dem ›Gesundheitsbereich‹ für Schulen mit deren Bildungs- und Erziehungsauftrag ist zwingend erforderlich und sinnvoll.

In einer großen Zahl von Konzepten zur Schulentwicklung und Gesundheitsförderung in Schulen bleibt offen, wie Schulleitungen und Lehrkräfte die Arbeit im Rahmen der Schul- und/oder Qualitätsentwicklung bewältigen sollen. Unterstützung zu geben, um die Aufgaben zu bewältigen und die Qualität des Bildungs- und Erziehungsauftrages zu verbessern, ohne die Beteiligten zu überfordern bzw. in diesem Prozess krankmachend zu wirken, ist das zentrale Anliegen von Anshub.de.

Die Idee einer nationalen Allianz

Im Anschluss an die Expertenforen wurden die Grundzüge des gemeinsamen Arbeitsverständnisses in Form eines Positionspapiers festgehalten (vgl. Webseite Anshub.de). Außerdem wurde eine Strategie zur Umsetzung entwickelt. Zentraler Punkt dieser konzeptionellen Arbeit war die Sicherung der Ressourcen für die Erprobungsphase (2004 – 2007) in den Schulen. Die Bildung der nationalen Allianz ist zur Zeit eines der Hauptarbeitsfelder.

Strategie: Wer Leistung fordert, muss Gesundheit fördern!

Bisher wurden die Schulen angehalten, Angebote der Gesundheitsförderung zusätzlich zu ihrem Alltagsgeschäft umzusetzen. Damit haben sich ›Schulen in den Dienst der Gesundheit gestellt‹. Anshub.de hat den Anspruch, Unterstützung bzw. Hilfen für Schulen zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages durch die Förderung von Gesundheit zu geben. Das ›strategische Ergebnis‹ kann als Paradigmenwechsel bezeichnet werden. In Anshub.de wird sich im Unterschied zum o. g. Verständnis ›Gesundheit in den Dienst der Schule stellen‹. Anshub.de wird evidenzbasiert vorgehen. In der inhaltlichen Gestaltung wird die gesundheitliche Situation der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte berücksichtigt und sich in der Konzeption und im Fortbildungsangebot niederschlagen.

Erprobung der Inhalte und Strategie in Modellregionen

Anshub.de wird Schulen in drei ausgewählten Modellregionen (Berlin, Bayern und in einem weiteren Bundesland) ab dem Schuljahr 2004/2005 in ihrer Arbeit und Entwicklung unterstützen. Gesundheit soll auf diesem Wege zum nachhaltigen Bestandteil der programmatischen Entwicklung von ›guten gesunden Schulen‹ werden. In dem Zeitraum von 2004 – 2007 wird die Wirksamkeit der Interventionen überprüft und verbessert.

Eine nachhaltige Perspektive bietet das Ziel der ›guten gesunden Schule‹, auf das manche Projekte ihre Programme bereits ausgerichtet haben. Schulen können in Zukunft für die Bewältigung ihrer Aufgaben eine kompetente Unterstützung erwarten.

Rüdiger Bockhorst, Bertelsmann Stiftung,
Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33111 Gütersloh,
Tel.: (0 52 41) 8 18-15 08, Fax: (0 52 41) 81 68-15 08,
E-mail: ruediger.bockhorst@bertelsmann.de

Das Setting gesundheitsfördernde Kindertagesstätte und die Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern standen im Mittelpunkt der Fachtagung, zu der die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. (LVG) gemeinsam mit dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen und dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt a. M. (ISS) am 8.10.2003 nach Hannover eingeladen hatte. Die Tagung stellte zudem die Auftaktveranstaltung des Modellprojektes »Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich« dar.

Mit dem Blick auf Gesundheitsförderung als Armutsprävention verwies Dr. Antje Richter von der LVG in ihrem Vortrag auf Anknüpfungspunkte für präventive Maßnahmen im Erziehungsalltag der Kindertageseinrichtungen. Gerade die Kindertagesstätte kann als früher Interventionsort präventiv auf die armutsbetroffenen Kinder einwirken und gesundheitsfördernde Potenziale stärken. Eine im Rahmen des Modellprojektes durchgeführte Recherche zur Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten für sozial benachteiligte Kinder hat ergeben, dass sich der ganzheitliche Ansatz, das bedeutet die Verknüpfung von unterschiedlichen Handlungsfeldern, als besonders erfolgreich erwiesen hat. Für die Wirkung und Nachhaltigkeit von Projekten ist auch die Einbindung von Eltern und von externen Ressourcen (Netzwerken!) von Bedeutung.

Den wichtigen Beitrag der Kindertageseinrichtungen zur Herstellung gesundheitlicher Chancengleichheit betonte auch Thomas Altgeld von der LVG. Er verwies darauf, dass die Kindertagesstätte, gemäß der bundesweit geltenden Gesundheitszieldefinition, als eines von 3 Settings zur Umsetzung von Gesundheitszielen für Kinder und Jugendliche festgelegt wurde. Als Bedingung für das Funktionieren der Settingarbeit stellte er unter anderem die Berücksichtigung der ErzieherInnengesundheit dar.

Gerda Holz vom ISS wies darauf hin, dass Armut als der größte Risikofaktor für die Entwicklung und die Zukunftsperspektiven der Kinder anzusehen ist. Sie stellte in ihrem Beitrag Forschungsergebnisse zu den gesundheitlichen Risiko- und Schutzfaktoren von Kindern dar und plädierte in diesem Zusammenhang für einen Paradigmenwechsel »weg von der Defizit- zur Ressourcenorientierung«.

Am Nachmittag lenkte Dr. Karin Jampert vom Deutschen Jugendinstitut München den Blick auf den Spracherwerb im Kindergarten und den Umgang mit mehrsprachig aufwachsenden Kindern. Sie verdeutlichte, welche elementare Bedeutung die Muttersprachkompetenz für den Erwerb der Zweitsprache hat. Sprache wird vom Kind aktiv konstruiert, wobei parallel ein Bedeutungskonzept aufgebaut wird. Fehlt dieser Bedeutungshintergrund in der Muttersprache, erweist sich der Erwerb der Zweitsprache als sehr viel schwieriger. Für den Umgang mit mehrsprachig aufwachsenden Kindern wird daher gefordert, die Muttersprache in den Bildungsprozess einzubinden.

Wie Gesundheitsförderung im Setting Kindertagesstätte aussehen kann und welche Bedarfe aus Sicht der Kindertageseinrichtungen vorliegen, wurde in einer abschließenden Podiumsdiskussion anhand von Beispielen aus der Praxis vorgestellt und gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert.

Tagungsbericht Hildegard Müller »So jung, und schon ein Kind?«

Wenn Kinder Kinder kriegen. Minderjährige Mütter in Deutschland

Mehr als 10.000 junge Mädchen werden jährlich ungewollt schwanger und knapp 5.000 junge Frauen unter 18 Jahren haben im Jahr 2001 in der Bundesrepublik Deutschland ein Kind bekommen.

Zwar ist die Zahl der Schwangerschaften bei Minderjährigen zahlenmäßig nicht so dramatisch angestiegen, wie die Medien häufig behaupten, aber Berater und Beraterinnen der PRO FAMILIA Niedersachsen berichten, dass schwangere Mädchen sich wesentlich häufiger professionelle Unterstützung in den Beratungsstellen holen. Aus diesem Grund veranstalteten der PRO FAMILIA Landesverband Niedersachsen und die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen am 5. November 2003 in Hannover die Fachtagung »So jung und schon ein Kind«. Ziel dieser Fachtagung war, Fachkräfte aus Einrichtungen der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen, Beratungsstellen und Schulen Raum zu geben, sich näher mit der Lebenswelt junger Schwangerer und junger Mütter und Väter auseinanderzusetzen und unterschiedliche Formen der professionellen Unterstützung und

Begleitung kennen zu lernen.

In den Vorträgen und Arbeitsgruppen wurde deutlich, dass die jugendlichen Schwangeren und jungen Mütter und Väter im Spannungsfeld zwischen Überforderung und positiver Bewältigung, auf unterschiedlichen Ebenen auf professionelle Unterstützung und Begleitung angewiesen sind.

Beate Martin von der PRO FAMILIA Münster stellte in einem grundlegenden Vortrag die Situation minderjähriger Schwangerer und junger Eltern dar.

Anneke Garst gab anhand von Casa Luna Bremen anschauliche Einblicke in die alltägliche Lebenswelt junger Mütter.

In den nachmittäglichen Arbeitsgruppen wurden im Hinblick auf die präventive Arbeit »Babybedenzeit – ein Elternpraktikum für Jugendliche« und »Die Bedeutung von Sexualität und Familiengründung in muslimischen Ländern/Familien« vorgestellt.

Das hier auch großer Bedarf an Fortbildung und Austausch für die pädagogischen, psychologischen und medizinischen Fachkräfte besteht, zeigte das große Interesse an unserer Fachtagung. Von 180 Interessierten konnten nur 130 Personen an der Tagung teilnehmen. Aus diesem Grunde werden der PRO FAMILIA Landesverband Niedersachsen und die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen im Mai 2004 eine weitere Tagung zu dem Thema »Minderjährige Schwangere und junge Eltern« in Hannover veranstalten.

Hildegard Müller, Koordinatorin für Sexualpädagogik,
PRO FAMILIA LV Nds., Steintorstr. 6, 30159 Hannover,
Tel. 0511/ 30185780

Von folgenden Veranstaltungen gibt es Tagungsberichte auf unserer Homepage unter www.gesundheit-nds.de/veranstaltungen/tagungsberichte/index.htm

- 8.9.2003 Chronisch Krank – Chronisch Arm?
- 18.9.2003 Nichtraucher an Hochschulen
- 10.–12.10.2003 Patientinnen, Patienten und Ärztinnen und Ärzte im Recht
- 19.11.2003 Qualität und Transparenz im Krankenhaus – Herausforderungen und Chancen
- 12.11.2003 Niedrigschwellige Betreuungsangebote – Ein neuer Baustein in der ambulanten Versorgung
- 8.10.2003 Niedersachsen-Forum Alter und Zukunft

Wir gratulieren! 13 Meinungen zu zehn Jahren **impulse**

Der Newsletter **impulse** erscheint mit dieser Ausgabe Nummer 41 genau seit 10 Jahren. Dies hat das Redaktionsteam zum Anlass genommen, 13 Leserinnen und Leser nicht nur aus dem unmittelbaren Umfeld zu bitten, mit uns einen Rückblick zu wagen und aufzuschreiben, was sie am Newsletter schätzen, wie sie ihn nutzen und was sie uns mit auf den Weg in die Zukunft geben. Daraus sind vier Jubiläumsseiten geworden, für die wir den Autorinnen und Autoren herzlich danken. Ebenso möchten wir uns bei allen Leserinnen und Lesern bedanken, denn ohne Sie wären die **impulse** nicht das, was sie sind.

Zehn Jahre **impulse** für die Gesundheitsförderung

Zehn Jahre am **impulse** der Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung in Deutschland. Vor mir liegt die »erste Nummer des neuen Newsletters zur Gesundheitsförderung in Niedersachsen«, wie sie seinerzeit von Thomas Altgeld, dem Geschäftsführer des Landesvereins für Gesundheitspflege Niedersachsen e.V., vorgestellt wurde. Aus dem etwas altbacken klingenden Landesverein für Gesundheitspflege ist inzwischen die auch weit über Niedersachsen hinaus bekannte Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen geworden.

Mit einem dicken Ausrufezeichen auf dem Titel der Erstausgabe von 1993 akzentuierten die **impulse** die Gesundheitsförderung. In gefälligem Layout, das zum Lesen animierte, hob sich der Newsletter aus Hannover von den damals oft noch handgestrickt wirkenden Infoblättern zur Prävention und Gesundheitserziehung erfrischend ab. Anfangs noch in Schwarzweiß kamen die **impulse** keineswegs farblos daher. Ihre Farbigkeit erhielten die Newsletter durch die Themen. Stets hatte man den Eindruck, hier ist ein engagiertes Team um Thomas Altgeld dabei, nicht nur das ganze Spektrum der Gesundheitsförderung aufzufächern, sondern auch eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Themenschwerpunkte wie Gesundheitsförderung im ländlichen Raum (1994), Gesundheit und Alter(n) (1995), Soziale Lage und Gesundheit (1996), Ethik und Gesundheit (1997) wurden gesetzt, als viele noch bei Ernährung, Bewegung, Rauchen und Alkohol, den vier klassischen verhaltensorientierten Präventionsthemen, verweilten. Und noch etwas zeichnete die **impulse** schon früh aus, nämlich das Bemühen, Theorie und Praxis der Gesundheitsförderung zusammenzuführen. Die Entwicklung und Förderung theoriegeleiteter – mindestens aber theoretisch reflektierter – Praxis war und ist Programm. Gegenüber dem gutgemeinten, aber wenig überzeugenden Aktionismus in Prävention und Gesundheitsförderung eine auf Qualität und innovativen Ansätzen orientierende Gesundheitsförderung zu etablieren, kennzeichnet die weitere Entwicklung: Qualitäten in der Gesundheitsförderung (1995) und Gesundheitsförderliche Innovationen in sozialen Systemen – Organisation ist alles?! und Konzepte und Visionen für das nächste Jahrhundert (beide 1998).

Die kritische Reflexion bei der Themenrezeption spiegelte sich zunehmend in Frage-Ausrufezeichen-Akzentuierungen (!?) wider: Organisation ist alles?! (1998) oder Wissen ist Macht?! (1999). Fragen zu stellen, statt mit schnellen Antworten zur Stelle zu sein, stellt ein durchaus probates Mittel dar, um auf Themen aufmerksam zu machen, die vordergründig zwar klar scheinen, sich aber bei näherer Betrachtung als problematisch, vielleicht sogar kontraproduktiv erweisen: Ist nachhaltige Entwicklung immer gesund?, Ziele im Gesundheitswesen = Gesundheitsziele? (beide 2000) oder Gefängnisse, Heime, Bordelle, Container – neue Orte der Gesundheitsförderung? (2001). Seit Juni 2001 haben die **impulse** ihr Outfit geändert, kommen noch etwas professioneller im Layout daher, ein dezentes Behördengrün (laut SZ-Magazin die Lieblingsfarbe der Deutschen) verleiht ihnen jetzt auch optisch Farbe (dabei dem Public Health Forum im Aussehen – ehemals pink, jetzt auch grün – sehr ähnlich). Auf 24 Seiten gibt es viel zu lesen, manchmal – denke ich –



zuviel Text! Dabei sind die einzelnen Beiträge keineswegs zu lang. Erfreulich ist, dem Redaktionsteam gelingt es immer wieder, vielfältige Perspektiven zu einem Thema zu versammeln. Ein Ausdruck aktiven und erfolgreichen Networkings, das sich von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen auch im jährlichen Veranstaltungsangebot dokumentiert.

Warum sollte man die **impulse** lesen? Weil sie informativ, richtungsweisend, vorwärtstreibend und stimulierend sind für alle, die in der Gesundheitsförderung engagierte Arbeit machen und mit innovativen Ansätzen dem Projekt Gesundheitsförderung in der präventiven Praxis vielfältig Gestalt verleihen. **impulse** geben, Forum des Austausches und kritischer Überprüfung eigener Praxis sein für mindestens weitere zehn Jahre, das wünsche ich mir und gratuliere Thomas Altgeld und Team – wie es im Editorial heißt – zu zehn Jahren Newsletter zur Gesundheitsförderung und einem gelungenen Projekt.

Klaus D. Plümer, Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Düsseldorf

Zehn Jahre Newsletter **impulse** der LV Gesundheit Niedersachsen e.V.

Mehr Primärprävention! Gesundheitsförderung als Handlungsprinzip auf allen Stufen der Gesundheitssicherung! Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen! Wer wollte dem widersprechen? Öffentlich wohl niemand. Aber gesellschaftlich tief verankerte Strukturen und Anreize machen diese notwendige Entwicklung zu einem steinigen Weg bergauf.

Verlässliche Partner auf dieser Wanderung waren und sind v.a. solche Institutionen, die sich ausschließlich diesen Zielen widmen, und nicht außerdem (und deshalb meistens vorrangig) zum Beispiel noch für die Finanzierung der Krankenversorgung oder Marktpositionen im GKV-Wettbewerb oder Absatzzahlen auf dem Pharmamarkt zuständig sind.

Aus früher eher etwas hausbackenen Landesvereinigungen für Gesundheit sind auf diesem Wege einige konzeptionell starke, gut geführte, hoch aktive und rundum anerkannte Träger, Organisatoren und Bündnispartner für Theorie und Praxis von Public Health geworden.

Die Landesvereinigung Gesundheit Niedersachsen e.V. gehört ganz sicher dazu. Ihr Newsletter **impulse** gibt jetzt schon seit 10 Jahren kontinuierlich seriöse, dabei angenehm unakademische Auskunft über den Stand der Dinge sowie Richtung und Tempo der Bewegung.

Dafür möchte ich danken und wünsche Kraft, Glück und Spaß bei der gemeinsamen Fortsetzung unserer unendlichen Geschichte.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Wissenschaftszentrum Berlin, Mitglied im Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

›Impu!se! Ein treffender Titel für ein wichtiges Anliegen!

Nur über langfristige Strategien, die immer wieder mit neuen Anregungen, mit innovativen Ansätzen und der kritischen Thematisierung aktueller Entwicklungen einhergehen, können wirksame Schritte zur Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention gegangen werden.

Dazu sind kontinuierliche Impulse notwendig.

Seit 10 Jahren erfüllt ›Impu!se!‹ in Niedersachsen im wahrsten Sinne des Wortes diese Aufgabe und ist damit gleichzeitig Zeugnis der gewachsenen Kompetenz der LVG Niedersachsen. Die LVG Niedersachsen gehört heute zu den aktivsten und fortschrittlichsten Landesvereinigungen in Deutschland. Wir sind als Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung dankbar für die gute und produktive Zusammenarbeit. Diese Kooperation hat gerade beim Thema ›Verbesserung der Gesundheitschancen sozial Benachteiligter‹ im November 2003 zu einer Kooperationsvereinbarung geführt, in die wir große Erwartungen setzen.

Die enge Vernetzung zwischen Bund und Ländern ist eine notwendige Voraussetzung, damit Gesundheitsförderung und Prävention vor Ort erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden können.

›Impu!se!‹ gibt seit 10 Jahren den Gesundheitsförderungsaktivitäten eine Stimme, ist das Sprachrohr von Initiativen, kommentiert kritisch die präventionspolitischen Entwicklungen und stellt eine Plattform für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis dar.

Ich möchte der LVG Niedersachsen für dieses engagierte Projekt danken, und ihr Kraft, Glück und Mut für die Fortsetzung und Weiterentwicklung wünschen.

Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln

Impulse sind unverzichtbar

Die ›Impulse‹ sind ein ausgezeichnetes und unverzichtbares Mittel für mich, mich darüber zu informieren, was an der Basis der Gesundheitsförderung geschieht, sie geben mir wertvolle Hinweise auf Fortschritte (gelegentlich auch Rückschritte) in diesem entscheidenden Zukunftsfeld von Gesundheit und Krankheit im Spannungsfeld von Individuen, Gesellschaft, Kommunen, Land, Arbeitswelt, Schule, Selbsthilfe und Kostenträgern.

Prof. Dr. F. W. Schwartz, Medizinische Hochschule Hannover, Leiter der Abt. Epidemiologie, Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung, Hannover

Dem impu!se-Newsletter zum 10-jährigen!

›Impu!se!‹ schon zehn Jahre alt? Kaum zu glauben. Ich kann mir gar nicht mehr vorstellen, dass es sie einmal noch nicht gegeben hat. Und das ist doch ein sehr gutes Zeichen. Ganz herzlichen Glückwunsch zum 10-Jährigen und Dank und Anerkennung für diese gut gemachte Nachrichten-Dienstleistung! Immer am Puls der Gesundheitsförderung und der aktuellen Entwicklungen, gute Themenschwerpunkte und straffe Information von kompetenten und prominenten Autorinnen und Autoren aus den jeweiligen Bereichen. (Auch Glückwunsch dazu, dass es Euch immer wieder gelingt, sie zu gewinnen.) Auch die guten Hinweise zu Veranstaltungen, Literaturtipps, Tagungsberichte und einschlägige Internet-Adressen schätze ich sehr. Dabei sind alle Handlungs- und Informationsebenen berücksichtigt: von der internationalen über die nationale zur regionalen und lokalen Ebene in Niedersachsen. Auch deshalb freue ich mich immer, wenn der neueste impu!se-Neuigkeiten-Brief zu mir geflattert kommt und mich an meine Zeit



in Niedersachsen erinnert. In ›Impu!se!‹ ist einfach alles drin, was jemand wie ich braucht, um auf dem Laufenden zu sein über die neuesten Entwicklungen. Insgesamt also nur Komplimente. Und an dieser Stelle auch eine kleine Lobrede auf die Herausgeberin, die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. Die impu!se sind ihr Spiegel und ihre angemessene Visitenkarte. Sie sind wie die Landesvereinigung, deren Aktivitäten ich mit Freude begleite, so frisch, vielfältig, kompetent, originell und aktuell. Fürs zweite Jahrzehnt wünsche ich deshalb der Landesvereinigung als Herausgeberin, dem Redaktionsteam und Redaktionsleiter, dass es mit genauso viel Schwung und Erfolg weitergehen möge.

Mit einem ganz herzlichen Gruß aus dem Südwesten !

Prof. Lotte Kaba-Schönstein, Fachhochschule Esslingen – Hochschule für Sozialwesen, Fachbereich Gesundheit und Pflege

Liebe impu!se,

ich weiß gar nicht, wie Ihr eigentlich den Weg auf meinen Schreibtisch gefunden habt, aber ich bin froh, eben solche gelegentlich aus dem nördlichen Nachbarland zu empfangen. Daher möchte ich als ein Leser aus Hessen mit grenzüberschreitendem Interesse an bundesrepublikanischen Entwicklungen im Gesundheitsbereich zum 10. Geburtstag gratulieren.

Dank für Euer regelmäßiges Erscheinen und die dabei gebotenen Ein- und Durchblicke. Die Grundschule habt Ihr nun geschafft, Lesen, Schreiben und Rechnen nachweislich gelernt, wie man an den Artikeln leicht sehen kann. Eure mitunter sehr prominenten Autorinnen und Autoren referieren kurz und knapp den Stand der Diskussion, auf Fachliteratur und wichtige Veranstaltungen wird hingewiesen. Man fühlt sich gut informiert. Nun werdet Ihr sicher altersgemäß (und bei Euren intellektuellen Kapazitäten) auf das Gymnasium versetzt. Hoffentlich bleibt Euer Stil trotzdem so verständlich wie bisher. Gesundheit muss lesbar sein. Ein besonderes Lob auch für Euer unpräzises, Hochglanz-freies Erscheinungsbild, und für all die Werbung, mit der Ihr Eure Leserschaft verschont. Natürlich trifft Euch jedesmal mein prüfender Blick als Selbsthilfe-Fachmann, ob dieser wichtige Sektor der Gesundheitsförderung durch betroffene Menschen selber auch hinlänglich berücksichtigt wird. Bis jetzt keine Klagen. Aber lasst da bloß nicht nach, sonst bestell ich Euch ab! Denn ohne Selbsthilfegruppen wird es in Fragen der Gesundheit zukünftig weniger gehen denn je. Alles Gute für die nächsten 10 Jahre - und verliert Euer Ausrufezeichen nicht!

Dipl.-Psych. Jürgen Matzat, Leiter der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen Gießen

Mein erstes Impu!se-Heft las ich im Januar 1994, als ich nach 9 Jahren USA gerade wieder in Deutschland gelandet war. Es erreichte mich in Lüneburg, mitten in den Vorbereitungen zu meinem ersten Lehrgang für Gesundheitsförderung für Schlüsselpersonen aus den neuen Bundesländern und Mittel- und Osteuropa.

Impulse ist ein professioneller Leseschmaus!

Schon zum zweiten Lehrgang kopierten wir für die Teilnehmenden Artikel aus den Heften, da diese – und dies ist bis heute so geblieben – aufweisen, was die Dozentin so braucht:

- Viele Artikel beschreiben Innovationen oder vermitteln neue Blicke auf ein vermeintlich bekanntes Thema: und davon so viel und gleichzeitig so destilliert, wie es für eine vertiefende Einführung gerade richtig ist. Dies ist der Grund, weshalb Impulse für mich auch in Zeiten gewaltiger Informationsfluten wie ein Fels in der Brandung eine mit Freude erwartete Lektüre ist!
- Mein zweiter Blick gilt bis heute – nach dem ersten für die eigene Neugierde – der Verwertbarkeit für die Lehre. In Zeiten knappster Hochschulmittel sind lange, illegal vervielfältigte Buchkapitel nicht mehr drin; ein gut zu kopierender Impulse-Beitrag hingegen ist ein Genuss – fürs Finanzbudget der Hochschule und fürs Zeitbudget der Studies!

Impulse ist auch in anderer Hinsicht ideal für die angewandte Wissenschaftstätigkeit: Das Format ist klasse, es passt auch in eine vollbesetzte S-Bahn auf dem Weg von der Haus- zur Uni-Tür! Impulse ist übersichtlich und spannend, es hat ein ansprechendes Design und eine großartige Mischung aus Breite (weiter Gesundheitsbegriff) und Tiefe.

Für mich ist Impulse ein professioneller Leseschmaus!

Wunsch für die Zukunft:

Ich bewundere es, mit wie wenigen Persönlichkeiten die Landesvereinigung so Vieles mit so hoher Qualität auf die Beine stellt. Ich wünsche uns Nutzerinnen und Nutzern, dass dies so bleiben wird; ich hoffe gleichzeitig und wünsche Euch, dass dieser hohe Einsatz auch auf Dauer Euren Kräften und Ressourcen entspricht. Jedenfalls danke ich Euch dafür und möchte betonen, welch' große Bereicherung Impulse meiner Meinung nach für die Identitätsbildung der deutschen Gesundheitsförderung in der letzten Dekade ausgemacht hat!

Prof. Dr. Annette C. Seibt, PhD (USA), Professorin für Public Health, Gesundheitsförderung und Prävention an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Vorstand und Mitarbeiterin im Institut für Gesundheitswissenschaften (InGe), Hamburg

Herzlichen Glückwunsch zu 10 Jahren ›impulse‹!

Als mir 1993 die erste Ausgabe der ›impulse‹ auf den Schreibtisch flatterte, dachte ich »Respekt«: Zwölf informative Seiten mit einem thematischen Schwerpunkt, aktuellen Infos und Hinweisen für die Mediothek. Das könnte doch ein bundesweites Modell für ein Periodikum der Landesvereinigungen sein, dachte ich weiter. Leider ist aus dieser Idee nichts geworden, ganz im Gegensatz zu den ›impulsen‹. Sie haben sich weiterentwickelt, sind gewachsen zunächst auf einen Umfang von 20 und dann auf 24 Seiten. Von Anfang an wurde durch die Zusammenarbeit mit Gestaltungsprofs die Messlatte für die grafische Gestaltung hoch gelegt. So sind die ›impulse‹ inzwischen auch ein Dokument des optischen Zeitgeistes der letzten 10 Jahre. Allerdings steht noch immer der Inhalt vor der Form.

Weil es den Machern der ›impulse‹ gelungen ist, Interesse daran zu wecken, auch für ihre Publikation zu schreiben, stieg die Zahl der redaktionellen Beiträge kontinuierlich von 10 auf mehr als 20. Und da komme ich nun zum einzigsten Wermutstropfen: im gleichen Maße wie sich mein Augenlicht verschlechterte, verkleinerte sich die Schriftgröße der ›impulse‹, weil der



Zunahme des redaktionellen Umfangs nicht durch eine entsprechende Ausdehnung des Seitenumfangs Rechnung getragen werden konnte. Dass dann beim ›Relaunch‹ ab Heft 31 auch noch die Druckfarbe der Schrift von schwarz in grau abgeschwächt wurde begeisterte mich nicht gerade. Inzwischen bin ich mit einer Gleitsichtbrille ausgestattet und wenn's noch schlimmer kommen sollte, gib't's ja auch noch Lupen. Auch mit einer solchen würde ich die ›impulse‹ nämlich noch lesen, weil sie inzwischen zur Standardlektüre in der Gesundheitsförderung gehören. Ich bin gespannt auf die nächsten 10 Jahre und wünsche dem Team um Thomas Altgeld dabei viel Spaß und Erfolg ... und bedanke mich für die nicht selbstverständliche Serviceleistung mit bundesweiter Wirkung.

Franz Gigout, Geschäftsführer der LandesArbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V., Saarbrücken

Gute Wünsche für die Zukunft

Mit der Einführung des Arbeitsschutzgesetzes im Jahr 1996 wurde der klassische Arbeitsschutz auf die Prävention von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und auf die menschengerechte Gestaltung der Arbeit erweitert. Die adäquate Umsetzung dieser Verpflichtung verlangt nach geeigneten Konzepten wie sie beispielsweise in Modellen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements zum Tragen kommen.

In diesem Zusammenhang hat sich auch der gesetzlich verankerte Beratungs- und Präventionsauftrag der gesetzlichen Unfallversicherung erheblich erweitert und bietet nunmehr ein Tätigkeitsfeld für gesundheitswissenschaftlich qualifizierte Akteure.

Für mich als Gesundheitswissenschaftlerin bei einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ist es wichtig, mich neben Themen des Arbeitsschutzes und der Arbeitswissenschaft über aktuelle gesundheitswissenschaftliche Fragen zu informieren. In einem interdisziplinären Arbeitsbereich halte ich es für elementar, vom Standpunkt einer eigenen beruflichen Identität argumentieren und kommunizieren zu können.

Die Fachbeiträge der ›impulse‹ enthalten aktuelle und kritische Informationen zur Gesundheitsförderung im betrieblichen und außerbetrieblichen Bereich und beleuchten ein Thema aus verschiedenen Perspektiven. Durch die prägnanten Darstellungen ist es möglich, sich in kurzer Zeit einen Überblick über den aktuellen Stand der Fachdiskussion sowie über neue Erfahrungen aus der Praxis zu verschaffen. Außerdem enthält der Newsletter zur Gesundheitsförderung wertvolle Literatur- und Tagungstipps.

Ich wünsche den ›impulsen‹ auch in Zukunft einen lebendigen Austausch, viele kreative Beiträge und zahlreiche begeisterte Leser und Leserinnen.

Gudrun Faller, Landesunfallkasse NRW, Düsseldorf

Würdigung zum 10-jährigen Jubiläum

Für einen Wissenschaftler, der in der Flut wissenschaftlicher Publikationen zum Thema ›Gesundheitsförderung‹ nach konkreten Empfehlungen für praktische Interventionsmaßnahmen sucht, ist die Lektüre des Newsletters immer wieder eine wahre Erholung. So wichtig die Darstellung von empirischen Ergebnissen und theoretischen Modellen auch ist, der Abschnitt ›konkrete Empfehlungen für die Praxis‹ ist ohne Frage mindestens genauso wichtig; er wird von vielen Wissenschaftlern aber nach wie vor zu wenig gewürdigt (diese Kritik beziehe ich selbstverständlich auch auf mich selber).

Der Newsletter bietet hier eine wichtige Rückbesinnung auf die grundlegende Aufgabe der wissenschaftlichen Publikationen zur Gesundheitsförderung, d. h. auf die Unterstützung bei der Planung und Durchführung von konkreten Interventionsmaßnahmen. Besonders freut mich dabei, dass dem (aus meiner Sicht besonders wichtigen) Thema ›soziale Ungleichheit und Gesundheit‹ immer wieder große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wenn mehr Wissenschaftler diese Stimme aus der Praxis wahrnehmen würden, und wenn mehr Praktiker in den wissenschaftlichen Zeitschriften publizieren würden, dann wäre ein großer Schritt getan in Richtung auf die Integration von praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Auch und gerade für die Gesundheitsförderung von sozial Benachteiligten ist diese Integration aus meiner Sicht unerlässlich.

Dr. phil. Andreas Mielck, GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen, Neuherberg

Ein RUNDUM guter Überblick

Seit vielen Jahren abonnieren und lesen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Gesundheitsladen ›Interessengemeinschaft Gesundes Leben (IGEL) e.V.‹ und der PatientInnenstelle im ländlich strukturierten Barnstorf mit großem Interesse die Fachzeitschrift ›Impulse‹.

Hervorzuheben sind hier insbesondere die sehr gut recherchierten Schwerpunktthemen, welche aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Als Beispiel sei hier das Thema ›Psychische Gesundheit‹ genannt, welches im 4. Quartal 2002 bearbeitet wurde. Neben einer Einführung in das Thema wurde sowohl die Definition der seelischen Gesundheit als auch die spezielle Betrachtung von Frauen und seelischer Gesundheit aufgegriffen. Im weiteren berichten die Redakteurinnen und Redakteure über die Auswirkungen von unterschiedlichen Arbeitsbedingungen (Arbeitsaufgabe, Arbeitsorganisation, Arbeitsumfeld) auf das psychische Befinden und dass in der Bundesrepublik Deutschland von einem erheblichen Defizit im Bereich der Prävention psychischer Störungen gesprochen werden muss. Ein RUNDUM guter Überblick zum Schwerpunktthema.

Des weiteren loben wir die vielfältigen Mischungen in der Mediothek, die interessanten Buchbesprechungen, die Veröffentlichungen von Internetadressen und Terminen. Die Seiten Kommunales sind ebenso unverzichtbar, wie Aktuelles, woraus Tagungsberichte entnommen werden können mit dem jeweiligen Diskussionsstand eines Themas. Hier erhalten wir viele Ideen für unsere tägliche Arbeit.

Abschließend möchten wir hervorheben, dass uns ›Impulse‹ durch die Anwendung der weiblichen und männlichen Schreibweise ganz besonders sympathisch ist und wir sagen: »machen Sie weiter so, liebe Redaktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter!«

›Impulse‹ – eine gelungene Fachzeitschrift

Brigitte Meyer, PatientInnenstelle im Gesundheitsladen Barnstorf (IGEL) e.V.

Seit 1987 arbeite ich im Öffentlichen Gesundheitsdienst, ÖGD. Zunächst in der AIDS-Beratungsstelle des Hildesheimer Gesundheitsamtes, die 1991/92 zu einer ›Abteilung Gesundheitsförderung‹ ausgebaut wurde. Das Leistungsspektrum der Abteilung (heute: Fachdienst) umfasst eine Gesundheits-servicestelle mit Informationsmaterialien zu über 150 Themen um Gesundheit und Krankheit, die AIDS- und Sexualberatungsstelle, die Aufgaben der Betreuungsbehörde mit einem Schwerpunkt, das bürgerschaftliche Engagement im Landkreis Hildesheim zu fördern, sowie: Organisations- und Projektberatung, Projektmanagement, Organisationsentwicklung.

Ich habe den Fachdienst Gesundheitsförderung 10 Jahre geleitet. In dieser Zeit gehörten die ›Impulse‹ für mich zur Pflichtlektüre. Der Landesvereinigung für Gesundheit ist es gelungen, einen hervorragenden Newsletter zur Gesundheitsförderung herauszugeben. Zu jeder Aktivität in unserer lokalen Gesundheitsförderungsarbeit konnten wir wichtige Informationen, Hinweise, Adressen, Internetquellen und vieles mehr in den ›Impulsen‹ finden. Die gefundenen Informationen waren immer hochaktuell, kurz, verständlich und präzise. Mit diesen Qualitäten sind die ›Impulse‹ seit 10 Jahren zu einem fast unverzichtbaren Begleiter und Impulsgeber für alle Akteure im ÖGD und darüber hinaus geworden.

Seit 2002 leite ich beim Landkreis Hildesheim den Fachbereich Gesundheit und Soziales. Durch das für mich größer gewordene Aufgabenspektrum schaffe ich es schon längst nicht mehr, alle Fachpublikationen zu lesen. Die ›Impulse‹ lese ich weiterhin – von vorne bis hinten. Thomas Altgeld und seinem Team sage ich daher: Danke. Weiter so.

Ulrich Wöhler, Landkreis Hildesheim, Leiter des Fachbereiches Gesundheit & Soziales, Hildesheim

Würdigung zum 10-jährigen Jubiläum

Die Landesvereinigung für Gesundheit in Hannover gehört zu den ältesten Gesundheitsförderungs- und Vorsorgeeinrichtungen in Deutschland mit einer Vielzahl von Mitgliedern aus allen Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens.

Das breite Wissen und die Erfahrungen und Ergebnisse aus den unterschiedlichen Projekten spiegelt sich im Newsletter zur Gesundheitsförderung hervorragend wider.

Aus unterschiedlichen Perspektiven werden alle wichtigen Informationen zu aktuellen Themen der Gesundheitsförderung in kompakter und verständlicher Form aufbereitet. Die Aktualität der Themen und der interdisziplinäre Ansatz machen den Newsletter so wertvoll und lesenswert.

Besonders gut gefällt mir dabei, dass den Leserinnen und Lesern Kriterien zur Beurteilung der Qualität der beschriebenen gesundheitsfördernden Maßnahmen an die Hand gegeben werden, und dass der Bereich der Qualitätssicherung in der Gesundheitsförderung immer eine wichtige Rolle spielt. Schon eine der ersten Ausgaben im Jahr 1994 war dem Thema Gesundheitsdaten, -berichte und Datenbanken gewidmet.

Aber auch über sensible Themen wie beispielsweise das Thema ›Häusliche Gewalt‹ oder bisher vernachlässigte Themen wie etwa das der ›Männergesundheit‹ werden die Leserinnen und Leser umfassend informiert.

Bleibt mir nur, mich bei allen Beteiligten für ihre anspruchsvolle Arbeit zu bedanken: Ich freue mich schon auf die nächsten Ausgaben!

Ernst Thiel, Leiter der Techniker Krankenkasse, Landesvertretung Niedersachsen

Das Koordinierungsbüro Freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen hat mit der Open Space Konferenz am 24.11.2003 zum Thema Freiwilligenengagement in der Altenarbeit methodisches Neuland betreten. Anders als man denkt, wurde über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Alter zwischen vierzehn und achtzig kein vorgefertigtes Veranstaltungsprogramm geboten, sondern ihre Ideen, Wünsche und Diskussionsthemen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Auch die Sitzordnung in einem großen Stuhlkreis unterschied sich von herkömmlichen Veranstaltungen. Absicht war es, dass die Teilnehmenden sich besser untereinander verständigen konnten. Anders als gewohnt nahmen an der Konferenz auch nicht nur die üblichen Verdächtigen sondern auch eine Vielzahl engagierter Schülerinnen und Schüler teil, die zum Teil eigene Workshopthemen vorschlugen bzw. durchführten. Ein intergenerationeller Dialog innerhalb der Open Space Konferenz war daher garantiert und fand nicht nur in den Workshops, sondern auch auf informeller Ebene statt.

Moderiert von Andrea Buskotte erfolgte nach den Begrüßungsworten durch die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit die Benennung von Workshopthemen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auf dem sogenannten Marktplatz, einer großen Pinnwand, an der die Workshopvorschläge den vorgegebenen Räumen und Zeiten zugeordnet wurden, versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und gruppierten sich zu den Workshopangeboten. Die Themenauswahl spannte einen großen Bogen über das freiwillige Engagement in der Altenarbeit. Neben der Frage nach Unterstützungsleistungen und der finanziellen und ideellen Anerkennung der Freiwilligenarbeit standen auch die Erwartungen der Freiwilligen an die Einrichtungen der Altenarbeit sowie der Generationendialog z. B. in Form von Erzählcafés als Workshopthemen zur Auswahl. Die insgesamt elf Workshops fanden sowohl im großen Saal des KroKuS-Stadtteilzentrums auf dem Kronsberg in Hannover als auch in anderen Räumen statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sorgten in den meist einstündigen Workshops selbst für die Moderation und die Dokumentation der Workshopergebnisse. Diese wurden an eine Nachrichtenwand gepinnt, um die gesamte Teilnehmerschaft über die Inhalte und Ergebnisse der Workshops zu informieren. Eine Dokumentation aller Workshop-

ergebnisse bekamen sie am Ende der Konferenz ausgehändigt.

Mit der Wahl der Open Space Konferenz als Veranstaltungsform hat das Koordinierungsbüro erstmals Fachkräfte der ambulanten, stationären und offenen Altenarbeit, Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertretern als auch Mittlerorganisationen der Freiwilligenarbeit und Schülerinnen und Schülern ein Forum für ihre Belange und Anregungen zur Verfügung gestellt, das auch intensiv genutzt wurde. Für den intergenerativen Austausch sorgte dabei die große Anzahl (21) von Schülerinnen und Schülern. Dieser Eindruck wurde in der Feedbackphase im Anschluss an die Workshops von fast allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv hervorgehoben, wie auch insgesamt das Feedback positiv ausgefallen ist. Das Koordinierungsbüro hat durch die Workshopergebnisse eine Vielzahl von neuen Impulsen für die weitere Arbeit erhalten. Konkret hat das Koordinierungsbüro einen Termin mit dem Sozialprojekt Goslar vereinbart, um an dessen alljährlicher Weihnachtsaktion teilzunehmen. Fazit der Open Space Konferenz: Ein Experiment, das sich gelohnt hat und bei geeigneter Themenstellung und Projektphase wieder zur Anwendung kommt. (mgw)

Der Integration von Zuwandererkindern ein Gesicht geben:

Das Stipendienprogramm START der Hertie-Stiftung

Es gibt unglaublich viele förderungswürdige, leistungsbereite und gesellschaftlich engagierte Zuwandererkinder. Unser Land braucht diese jungen Talente, deren einzige Chance die Bildung ist. Die Hertie-Stiftung will den Anstoß geben, Zuwandererkarrieren in Deutschland den Weg zu bereiten – als Ansporn zur Integration, als ›Investition in Köpfe‹ und als Beitrag zur Toleranz unter jungen Menschen. Im Jahr 2001 hat die Stiftung das Stipendienprogramm START für begabte und engagierte Zuwandererkinder ins Leben gerufen, um ihre Leistung anzuerkennen und sie zur Hochschulreife zu führen. Bis zu ihrem Abitur erhalten START-Stipendiaten monatlich 100 EUR Bildungsgeld, einen PC mit Internet-Anschluss, zwei Bildungseminare im Jahr und eine intensive pädagogische Betreuung durch den Projektleiter der Hertie-Stiftung. START-Stipendiaten können Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Alter von 14 bis 18 Jahren sein. Voraussetzungen sind gute bis sehr

gute schulische Leistungen, gesellschaftliches Engagement und ein eher bildungsfernes Umfeld. Für die Bewerbung ist unter anderem die Empfehlung einer Lehrkraft oder der Schulleitung erforderlich.

www.ghst.start.de

Neue Datenbank zu Frauengesundheit

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat seit November 2003 eine Internetdatenbank zu Frauengesundheit und Gesundheitsförderung online geschaltet, die mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) gemeinsam erarbeitet wurde. Die Datenbank enthält u. a. zu 26 ausgewählten Gesundheitsthemen wie z. B. Sucht, Aids, Gewalt Literaturangaben, Datenquellen, Organisationen und Linklisten für die ›Regionen‹ Deutschland, Europa, USA und international. Damit wird ein systematischer Überblick über den Wissensstand in zentralen Themenfeldern geschaffen. Dezentral vorhandene Informationen über Akteure, Arbeitsschwerpunkte und Strategien werden zusammengeführt. Die Datenbank ermöglicht einen schnellen Zugriff auf aktuelle und verlässliche frauenspezifische Gesundheitsinformationen. Aufbau und Inhalt der Datenbank richten sich an dem interdisziplinären und integrativen Ansatz der Frauengesundheitsforschung aus, bei dem medizinische, psychologische und gesellschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Die Datenbank ist nicht für Patientinnen konzipiert, sondern für Fachfrauen aus der Praxis sowie Forscherinnen.

Im Rahmen einer internationalen Fachtagung Mitte November 2003 in Köln wurde die Datenbank Experten und Expertinnen aus den Bereichen Gesundheitsinformation und Frauengesundheit vorgestellt. Nützliche Informationszugänge für die Weiterentwicklung der Datenbank wurden erörtert. Es wurde schwerpunktmäßig zur Qualität und Vertrauenswürdigkeit von Gesundheitsinformationen gearbeitet. Dabei wurden andere Datenbanken und deren Erfahrungen präsentiert, so z. B. die Datenbank WAVE zu Gewalt gegen Frauen, die Datenbank des Frauengesundheitszentrums Graz und eine neue Datenbank der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) zu weltweiten medizinischen Informationen. Eine Dokumentation der Fachtagung ist in Vorbereitung. (us)

Die Datenbank finden Sie unter

www.bzga.de/frauengesundheit

Erster Deutscher Präventionspreis

Der Deutsche Präventionspreis ist ein Kooperationsprojekt des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) und der ihr nachgeordneten Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie der Bertelsmann Stiftung, die das Projekt insgesamt organisiert. Er wird jährlich auf einem anderen Gebiet der Prävention und Gesundheitsförderung vergeben. Die Laufzeit des Projektes beträgt vier Jahre.

Ziel ist es, vorbildhafte Projekte auszuwählen, zu prämiieren und damit zu ihrer Verbreitung und Nachahmung anzuregen. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Deutsche Präventionspreis will deshalb Prävention und Gesundheitsförderung einen größeren gesellschaftlichen Stellenwert verschaffen. Dies soll auch durch die Einbeziehung der Spitzenorganisationen, der Deutschen Foren Prävention, in das Projekt geschehen.

Der erste Deutsche Präventionspreis wird für bereits in Deutschland bestehende Projekte ausgeschrieben, die sich an Kinder bis 14 Jahren, ihre Betreuungspersonen und Eltern wenden. Die Themenkomplexe Ernährung, Bewegung, Entspannung/Stressregulierung und Suchtprophylaxe (Rauchen, Alkohol) sollten im Fokus der Interventionen stehen. Erwünscht ist die vernetzte Bearbeitung von mindestens zwei der vier Themen.

Beteiligen können sich Betreuungseinrichtungen für Kinder (Krippe, Kindergarten, Kindertagesstätte, Hort, sonstige Betreuungsangebote) sowie alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe I. Ebenso bewerben können sich Anbieter von Maßnahmen, die mit den vorstehenden Einrichtungen zusammenarbeiten wie kommunale Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, freie Initiativen, Sportverbände und -vereine, Krankenkassen, Aus-, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für den Bereich Kindertagesstätten und Schulen sowie Medien.

Zu den Beurteilungskriterien gehören u. a.

- eindeutige, messbare Zielsetzung
- aktive Beteiligung der Zielgruppen bei der Maßnahmenplanung und -durchführung
- nachgewiesene Wirksamkeit
- Dauerhaftigkeit durch Ressourcensicherstellung
- Modellhaftigkeit
- Vernetzung der relevanten Beteiligten
- Nachweis über die Nachhaltigkeit der Maßnahmen.

Die Ausschreibung zum ersten Deutschen Präventionspreis beginnt im November diesen Jahres, die Preisvergabe ist für das Frühjahr 2004 vorgesehen. Unter den Bewerberinnen und Bewerbern werden zehn Projekte mit Preisen im Wert von insgesamt 50.000 Euro prämiert. Die Entscheidung über die Anzahl der Prämierungen und die Verteilung der Mittel trifft eine Jury mit renommierten Personen aus Wissenschaft und Praxis sowie Vertreterinnen und Vertretern der Ausrichter. Mit der Preisvergabe wird das Ziel verfolgt, die Fortführung der prämierten Projekte zu fördern.

Geschäftsstelle Deutscher Präventionspreis, c/o Gunnar Stierle, Richard-Wagner-Str. 15, 32105 Bad Salzufflen, Tel.: (05 22) 93 00 83, Fax: (05 22) 93 0 089

Impressum

Herausgeberin und Verlegerin:
Landesvereinigung für Gesundheit
Niedersachsen e.V.
Fenskeweg 2, 30165 Hannover,
Tel.: (05 11) 35 00 0 52, Fax: 35 05 5 95,
E-Mail: lv-gesundheit.nds@t-online.de
Internet: www.gesundheit-nds.de

ISSN: 1438-6666

V.i.S.d.P.: Thomas Altgeld

Redaktion: Thomas Altgeld, Bärbel Bächlein, Claudia Bindl, Iris Bunzendahl, Angelika Maasberg, Dr. Antje Richter, Tania-Aletta Schmidt, Ute Sonntag, Markus G. Westhoff, Irma Traut Windel, Birgit Wolff

Beiträge: Rüdiger Bockhorst, Bernd Dörr, Gudrun Faller, Manfred Flöther, Franz Gigout, Christine Haller, Otto Herz, Prof. Lotte Kaba-Schönstein, Christian Köhler, Prof. Dr. Petra Kolip, Sabine Kubesch, Sigrid Lübbers, Dipl.-Psych. Jürgen Matzat, Brigitte Meyer, Dr. phil. Andreas Mielck, Hildegard Müller, Prof. Dr. Dr. Oskar Negt, Klaus D. Plümer, Dr. Elisabeth Pott, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Prof. Dr. Annette C. Seibt, Brigitte Schumann, Prof. Dr. F. W. Schwartz, Dr. Thomas Suermann, Ernst Thiel, Susanne Thum, Kerstin Utermark, Dr. Rotraut Walden, Ulrich Wöhler

Sekretariat: Andrea Pachali

Redaktionsschluss Ausgabe Nr. 42: 15.1.2004

Gefördert durch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Auflage: 5.000

Gestaltung: Formfürsorge

Druck: Interdruck Berger

Erscheinungsweise: 4x jährlich, im Quartal

*Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der Autors/in wieder, nicht unbedingt die der Redaktion.
Falls diese Ausgabe keinen Rückmeldecoupon mehr enthält, können Sie sich unter der oben angegebenen Adresse der Landesvereinigung kostenlos in den Newsletter-Verteiler aufnehmen lassen und/oder weitere Informationen über unsere Arbeit anfordern.*

Je früher Kinder in ihrer individuellen Sprachentwicklung unterstützt werden, desto besser für ihre Sprachkompetenz und den späteren Erfolg in der Schule. Sprachförderung sollte bereits im Kindergarten integraler Bestandteil der Elementarerziehung sein, denn noch immer wird ein Viertel aller Grundschul Kinder mit einer Sprachverzögerung eingeschult. In Künzelsau sind Erzieherinnen, Lehrerinnen und Eltern zur Unterstützung dieses Prozesses eine Erziehungspartnerschaft eingegangen, mit der eine kontinuierliche sprachliche Anregung gewährleistet werden soll. Das Projekt »Sprache lernen mit allen Sinnen« ist eine Veranstaltung für Kindergartenkinder und deren Eltern. Ein Kurs beinhaltet einen Elternabend zum Thema »Sprachentwicklung« und 6 Spielnachmittage. Die Eltern sollen für die frühzeitige Förderung ihrer Kinder sensibilisiert werden und bekommen konkrete Anregungen zur häuslichen Sprachförderung. Im Mittelpunkt steht ein ganzheitlicher Förderansatz mit dem Schwerpunkt auf handlungsbegleitendem Sprechen.

Die Sprache des Kindes mit ihren drei Bereichen Artikulation, Wortschatz und Grammatik kann sich nur dann entwickeln, wenn eine Reihe grundlegender Fähigkeiten angemessen ausgebildet ist. Es kann Begriffe und deren Bedeutung nicht allein durch die Benennung von Gegenständen lernen, sondern muss einen Begriff in vielen Situationen erlebt haben, bevor es ihn frei sprachlich anwenden kann. Deshalb werden Spiele und Beschäftigungen aus den unterschiedlichsten Wahrnehmungsbereichen angeboten.

Spielend Sprache lernen

Ein wichtiges Ziel ist die Erweiterung kommunikativer Fähigkeiten. Eltern und Kinder sollen Zeit haben, sich aufeinander einzulassen, sich gegenseitig zuzuhören, sich aussprechen zu lassen, Fragen zu stellen. Die 6 Spielnachmittage folgen einem regelmäßigen Ablauf. Eltern, Kinder und Projektleiterin treffen sich im Kreis, um das neue Thema kennen zu lernen. Dann können die Kinder mit ihren Eltern zusammen unterschiedliche Spielstationen bespielen. Eines der altersangemessenen Themen ist »Tiere auf dem Bauernhof«. Anhand einer gemeinsamen Bildbetrachtung wird der Wortschatz erarbeitet (»Ich sehe einen Hund, Schweine, Kühe...«). Ein Tastspiel fordert zum Erraten der Tierarten auf. Bei jedem Treffen wird gemeinsam ein Essen zubereitet und verzehrt. Im Anschluss ist Zeit für freies Spielen

gemeinsam mit den Eltern. Der Nachmittag klingt mit einer gemeinsamen Runde aus. Die Kinder berichten von ihren Erfahrungen und stellen Bastel- oder Malergebnisse vor.

Gelungenes Zusammenspiel

Eltern und Kinder haben es genossen, füreinander Zeit zu haben. Beziehungen haben sich vertieft. Nicht immer hat das Durchhaltevermögen der Eltern dazu gereicht, die Nachmittage regelmäßig zu besuchen. Oft waren die Kinder Antriebsfeder fürs Kommen.

Das Ziel, unsere Arbeit transparent zu machen, ist gelungen. Die Eltern schienen sensibilisiert für den Entwicklungsstand ihrer Kinder. Sie konnten ihr Kind in unterschiedlichen Spielsituationen beobachten und mit anderen Kindern vergleichen. Sie suchten Beratung bei der Projektleiterin und zeigten Offenheit für weitere Fördermaßnahmen.

Anschrift der Autorin

<http://www.schule-bw.de/unterricht/paedagogik/sprachfoerderung/tagesstaette>.

Manfred Flöther

Chancen für Gesundheit und Bildung durch gutes Hören und Sprechen

Die ›Sprachheilsfürsorge‹ der 50iger Jahre ist heute als Fachberatung für ›Hör- und Sprachgeschädigte im landesärztlichen Dienst‹ (im Niedersächsischen Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben) eine zeitgemäße und bürgerorientierte Dienstleistung im niedersächsischen Gesundheitswesen mit dem Ziel der Vermeidung oder Milderung gravierender Hör- und Sprachschäden. Risikokinder im Vorschulalter können durch regionale Vernetzung zwischen Gesundheitsämtern, Kliniken, ärztlichen und therapeutischen Praxen, Kindertagesstätten und Frühförderstellen immer früher erfasst werden und in ambulante oder teilstationäre Behandlungen vermittelt werden.

Da eine entwickelte Sprache Voraussetzung für die Kognitionsentwicklung und damit Bildung ist, werden bei diesen Kindern Benachteiligungen abgebaut und Bildungschancen eröffnet – wobei strukturierte Tagesabläufe, Übungsprogramme und vorschulische Angebote eine Basis für späteres Lernen schaffen. Der Abbau kommunikativer Störungen schon im Elementarbereich

verschafft vielen Kinder positive Lebensperspektiven im Kommunikationszeitalter und vermindert volkswirtschaftliche Folgekosten. Hör- und sprachgestörte Kinder können durch den ›Turbo-Effekt‹ einer teilstationären Behandlung (Kleingruppenprinzip, Multiprofessionalität, erhöhte Förderzeit) Anschluss an die Altersnorm finden und später Regeleinrichtungen besuchen.

Die positiven Entwicklungen vieler Kinder belegen die Effektivität dieses Angebotes, Eltern äußern sich immer wieder hoch zufrieden darüber, dass aus unglücklichen Kindern wieder glückliche geworden sind. Ein ganzheitlicher Gesundheitsbegriff, der auch die kommunikativen Fähigkeiten berücksichtigt, hat dieses erfolgreiche Präventionsmodell der Fachberatung für Hör- und Sprachgeschädigte seit ihren Anfängen geprägt.

Weitere Informationen zur Arbeit der Fachberatung für Hör- und Sprachgeschädigte gibt es im Internet (www.soziales.niedersachsen.de/ls7_home.html) oder hier:

Niedersächsisches Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben, Team LS 7, PF 100 844, 31108 Hildesheim, Tel.: (0 51 21) 3 04-2 69

Thomas Suermann Fit für PISA

Gesundheitliche Daten, Fitness und Motorik von Schulkindern haben sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Psychische Auffälligkeiten haben stark zugenommen. Eine der Hauptursachen dafür dürfte Bewegungsmangel sein. Die Welt unserer Kinder ist zur Sitzwelt geworden. In einem Bewegungstagebuch (7 Tage; 1000 Kinder im Alter von 6 – 10 Jahre) bewegten diese sich im Schnitt pro Tag 1 Stunde (davon 15 – 30 Minuten intensiv). Den Rest des Tages verbrachten sie mit Liegen (9 Std.), Sitzen (9 Std.) und Stehen (5 Std.). Hauptgrund für die Bewegungsarmut ist häufig übermäßiger Medienkonsum. Nicht selten sitzen Kinder täglich 5 Std. vor dem Fernseher. 14-jährige haben im Schnitt 19000 Fernsehstunden hinter sich. Gameboy und Computerspiele hindern weiter an Bewegung.

Die Folgen sind gravierend

Übergewicht, Haltungsschäden, Koordinationsstörungen, Herz-Kreislaufschwächen und psychosoziale Auffälligkeiten sind die



Folgen. Durchschnittlich sind Kinder heute zwei Kilo schwerer als vor 20 Jahren. 50 % der übergewichtigen Kinder sind auch als Erwachsene zu dick, 30 % haben Haltungsschäden. Die Folgen: Über 8 Mio. EUR werden bei Erwachsenen für Skelett- und Muskelerkrankungen ausgegeben. Psychosoziale Auffälligkeiten, z. B. verstärkte Aggressivität, stehen sowohl mit Medienkonsum als auch mit Bewegungsmangel im Zusammenhang. In einem Modellprojekt mit täglichem Sportunterricht konnte gezeigt werden, dass im Vergleich zur Kontrollschule wesentlich weniger Aggressionen auftraten.

Ein Fitnessstest bei 20.000 Schülern und Schülerinnen im Alter von 10 – 18 Jahren zeigte, dass nur 80 % der Jungen und 74 % der Mädchen die Ausdauer-, Koordinations- und Kraftleistungen ihrer Altersgenossen vor 7 Jahren erbrachten (gemeinsamer Test von DSB, WIAD und AOK). Bei einem Motorikvergleich von 10-jährigen Jungen 1976–1996 ergab sich beim 6-Minutenlauf ein Leistungsabfall von ca. 15 %.

Göttinger Modellprojekt Fit für PISA

In diesem Modellprojekt soll überprüft werden, ob durch Einführung einer täglichen Sportstunde medizinische Daten, Fitness, Motorik und Befindlichkeit der Schulkinder günstig beeinflusst werden. In einem Projektzeitraum von fünf Jahren sollen zwei vergleichbare Gruppen von Grundschulkindern (1.–4. Klasse) einmal jährlich auf Gesundheitszustand, motorische Entwicklung und Befindlichkeit untersucht werden. In der Projektschule werden fünf Sportstunden pro Woche angeboten. Die Ergebnisse werden mit denen einer Grundschule mit unverändertem Schulsportangebot verglichen. Das Projekt wird vom Niedersächsischen Kultusministerium begrüßt und ideell gefördert. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch Spenden.

Dr. med. Thomas Suermann, Sternstraße 3, 37083 Göttingen

Bereits im NL 36, 39 und 40 haben wir über Qualitätszeichen für medizinische Websites im Internet berichtet. Zukünftig soll die Qualitätssicherung von Gesundheitsinformationen im Internet automatisiert und dezentralisiert werden.

Oberstes Ziel von MedCIRCLE ist es, Verbraucherinnen und Verbrauchern dabei zu helfen, qualitativ hochwertige und vertrauensvolle Gesundheitsinformationen im Internet zu finden. Die Grundidee des EU-geförderten Projektes MedCIRCLE (Collaboration for Internet Rating, Certification, Labelling und Evaluation of Health Information) basiert auf dem Ansatz, Qualitätssicherung von Gesundheitsinformationen im Internet dezentral und kollaborativ zu gewährleisten. Man benötigt keine höher gestellte Instanz, die Informationen zentral zertifiziert. Vielmehr wird die dezentrale vernetzte Struktur des Internets selbst genutzt, um ein ›web of trust‹ zu weben und den Nutzerinnen und Nutzern qualitätsgesicherte Gesundheitsinformationen zugänglich zu machen.

Einheitlicher Sprachstandard

Zukünftig sollten Qualitätssicherungsinitiativen die Ergebnisse ihres Qualitätssicherungsprozesses nach einem einheitlichen Sprachstandard publizieren. Die selbe Sprache sollten Anbieterinnen und Anbieter von Gesundheitsinformationen zur Selbstbeschreibung ihres Informationsangebots oder Services nutzen. Diese Sprache, das sog. HIDDEL Vokabular (›Health Information Disclosure, Description und Evaluation Language‹), ist einheitlich und maschinenlesbar, wodurch die Informationen auf verschiedene Art und Weise verwendet werden können: die Informationen können untereinander ausgetauscht werden, von einer Software gesammelt und präsentiert werden oder fortlaufend mit den persönlichen Präferenzen der Internetnutzerinnen und -nutzern verglichen werden. Mithilfe dieser beschreibenden Hintergrundinformation über ein medizinisches Webangebot können Suchmaschinen qualitätsgesicherte Internetseiten auf bevorzugten Plätzen aufführen. Intelligente Software, sog. ›Agenten‹, und technische Hilfsmittel auf der Nutzerebene erleichtern es, Gesundheitsinformationen im Internet zu finden. In Kürze kann auf der MedCIRCLE Webseite eine MedCIRCLE-Menüleiste für den Internet Explorer heruntergeladen werden. Damit können die bisher vorliegenden Beschreibungen durchsucht und die Hintergrundinformationen eines Services durch das Anklicken eines Transparenzlogos abgerufen werden. Durch Mausclick auf das Transparenzlogo öffnet sich ein Fenster, welches das Angebot und den Hintergrund eines Gesundheitsinformationsanbieters für Verbraucherinnen und Verbraucher transparent macht. Im Transparenzfenster werden die Selbstbeschreibungen des Informationsanbieters ebenso angezeigt wie die Bewertungen der externen Organisationen.

Europäisches Projekt

Das MedCIRCLE Projekt wird von der Europäischen Union im Rahmen des Aktionsplans für sichere Nutzung des Internets (›Action Plan for Safer Use of the Internet‹) gefördert. Koordiniert wird es von der Abteilung für Klinische Sozialmedizin an der Universität Heidelberg. Das Projektkonsortium besteht neben der Universität Heidelberg derzeit aus drei weiteren europäischen Institutionen, die alle den einheitlichen HIDDEL Sprachstandard verwenden, um Webressourcen zu beschreiben und zu evaluieren: das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin mit dem Portal www.patienten-information.de, CISMef (Catalogue et Index des Sites Médicaux Francophones) in Frankreich und das Projekt ›Web Médica Acreditada‹ des Colegio Oficial de Médicos de Barcelona (COMB) in Spanien.

Christian Köhler, Arbeitsgruppe Cybermedizin & eHealth, Abt. für Klinische Sozialmedizin, Universitätsklinikum Heidelberg, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg, Tel.: (0 62 21) 56 87 62, Fax: (0 62 21) 56 55 84, E-Mail: christian.koehler@med.uni-heidelberg.de, www.medcircle.org

Internetadressen zu Bildung und Gesundheit/ PISA und die Folgen

<http://bildungplus.forum-bildung.de>

Das Forum Bildung ist 1999 von Bund und Ländern eingesetzt worden, um Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems sicherzustellen. Die Rubrik ›Im Fokus‹ greift bei seinen speziellen Themen auch ›Pisa und die Folgen‹ auf.

www.bildungsserver.de

Der Deutsche Bildungsserver ist ein vom Bund und den sechzehn Ländern in der Bundesrepublik Deutschland getragenes Informationsportal zum deutschen föderalen Bildungswesen. Das Informationsangebot ist gegliedert in redaktionell betreute Themenbereiche und adressatenbezogene Angebote sowie Interessierte. Des Weiteren bieten relational verknüpfte Datenbanken vielfältige Recherche- und Eintragsmöglichkeiten. Ein besonderes Angebot ist das ›SchulWeb‹, das die umfassendste Datenbank deutschsprachiger Schulen im In- und Ausland mit eigenem Webangebot enthält.

www.blk-bonn.de

Die Bund-Länder-Kommission Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) ist das ständige Gesprächsforum für alle Bund und Länder gemeinsam berührenden Fragen des Bildungswesens und der Forschungsförderung. Sie gibt den Regierungschefs des Bundes und der Länder Empfehlungen zur Bildungsplanung und Forschungsförderung

www.ipn.uni-kiel.de/projekte/pisa

Der Auftrag des IPN – Leibniz Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften ist es, durch seine Forschungen die Pädagogik der Naturwissenschaften weiter zu entwickeln und zu fördern. Die Federführung für den zweiten PISA-Zyklus (PISA 2003) liegt beim IPN.

www.learn-line.nrw.de

Der nordrheinwestfälische Bildungsserver bietet eine Fülle an Informationen für alle Schultypen, Schulfächer, Lehrerfortbildung und Hilfen für die Internetnutzung im Unterricht. Unter den Angeboten wird auch PISA ausführlich vorgestellt.

www.kmk.org

Die Ständige Konferenz der Kultusminister und Kultusministerinnen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Zusammenschluss der für Bildung und Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister und Ministerinnen bzw. Senatoren und Senatorinnen der Länder. Eine wesentliche Aufgabe der Kultusministerkonferenz besteht darin, durch Konsens und Kooperation in ganz Deutschland für die Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wissenschaftlich Tätigen das erreichbare Höchstmaß an Mobilität zu sichern.

www.mpib-berlin.mpg.de/pisa

Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung ist der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung gewidmet. Zu den Forschungsthemen zählen Bildungs- und Entwicklungsprozesse von der Kindheit bis ins hohe Alter, Bildungssysteme und Bildungsinstitutionen sowie die Veränderungen der Sozialstruktur unter sich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Das MPI hatte die Projektverantwortung für den ersten Zyklus (PISA 2000) in Deutschland.

Gesundheitsreform 2003 und Behinderte – Nachteile für Selbstbestimmung und Teilhabe?

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 (EJMB) neigt sich dem Ende zu. Es ist ein Jahr, in dem nach dem Internationalen UNO-Jahr der Behinderten 1981 zum zweiten Mal Probleme, Interessen und Lebenswelten behinderter Menschen intensiver beleuchtet wurden. Zahlreiche Veranstaltungen, Diskussionen, Tagungen u. a. haben viele Möglichkeiten des Austausches, des Nachdenkens und der Entwicklung neuer Ansätze im gesellschaftlichen Mit- und Nebeneinander gebracht. Das EJMB stand in Deutschland unter dem Motto ›Nichts über uns ohne uns‹. Im letzten Quartal 2003 kann eine erste Bilanz gezogen werden, inwieweit für die Gesundheitspolitik die zentralen Forderungen

- Teilhabe verwirklichen,
- Selbstbestimmung ermöglichen und
- Gleichstellung durchsetzen

erfüllt worden bzw. entscheidende Fortschritte zu verzeichnen sind.

Gleichstellungspolitik

Der Schwerpunkt der letzten Jahre lag in erster Linie in der Gleichstellungspolitik. Als Erfolge kann genannt werden: Ergänzung des Grundgesetzes um ein Benachteiligungsverbot, das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) auf Bundesebene und das Sozialgesetzbuch IX. Mit dem SGB IX soll die Umsetzung des Benachteiligungsverbot im Bereich der Sozialpolitik gewährleistet werden. Als politisches Handlungsfeld besonders wichtig ist und bleibt die Forderung nach einem Landesgleichstellungsgesetz für behinderte Menschen in Niedersachsen. Bestimmungen auf Landesebene (z. B. Bauvorschriften oder Schulrecht) sind zwingende Voraussetzungen auf dem Weg zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Gesundheitsreform: Einschnitte für alle ... Gerade im EJMB 2003 hätten behinderte Menschen nicht erwartet, dass der erreichte Stand gerade in einem besonders wichtigen Zweig der Sozialversicherung in Frage gestellt wird und eine besondere Benachteiligung behinderter und chronisch kranker Menschen zu befürchten ist. Die jetzt beschlossene Gesundheitsreform belastet fast alle Bürger und Bürgerinnen. Besonders betroffen sind aber behinderte und chronisch kranke Menschen. Freie Arzt- und Therapeutenwahl ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die meisten Menschen. Für behinderte und chronisch kranke Menschen, insbesondere wenn sie gehbehindert oder auf die Benutzung von Rollstühlen angewiesen sind, ist die Wahl bereits immer



eingeschränkt gewesen. Das liegt vor allem daran, dass immer noch längst nicht alle Praxen und Therapieangebote barrierefrei erreichbar sind. Im Einzelfall führt dies zu längeren Wegen und damit verbundenen (hohen) Fahrtkosten. Durch das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) werden derartige Fahrtkosten (z. B. für erforderliche Taxifahrten) grundsätzlich nicht mehr übernommen. Finanzielle Mehrbelastungen sind damit vorprogrammiert.

Auch wenn behinderte Menschen nicht automatisch höhere Krankenkosten pro Kopf verursachen – sie sind in der Regel nicht häufiger krank als alle anderen auch – sind viele auf ständige Therapieangebote wie z. B. Physiotherapie oder Hilfsmittel (Sehhilfen, Gehhilfen, Rollstühle) angewiesen. Höhere Zuzahlungen werden sich daher für diesen Personenkreis in einem stärkeren Ausmaß auswirken. Dies umso mehr als behinderte Menschen vermehrt Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben und vielfach von Sozialleistungen leben müssen.

... Solidarität mit wenigen?

Aus Sicht behinderter Menschen wird das Grundprinzip der Solidarität in der GKV durch die Neuregelungen durchaus in Frage gestellt, wenn nunmehr bestimmte Leistungen privatisiert werden sollen. Mit dem GMG werden Schritte in Richtung auf Reduzierungen bzw. Begrenzungen gesetzlicher Standards getan. Unabhängig von der Frage, ob dies für die allgemeine Bevölkerung der richtige Weg in der GKV ist, bringt eine derartige Entwicklung für behinderte und chronisch kranke Menschen besondere Probleme mit sich. Im Gegensatz zur nicht-behinderten Bevölkerung besteht neben der zu erwartenden finanziellen Mehrbelastung für die behinderte Bevölkerung die Gefahr, überhaupt Aufnahme in einer privaten Versicherung zu finden. Das gleiche gilt für die Frage der Absicherung bestimmter Risiken und der Versicherung von Zusatzleistungen. Schon heute müssen behinderte Menschen allein aufgrund des

Umstands behindert zu sein, höhere Beiträge entrichten, wenn sie in einer privaten Krankenkasse Aufnahme finden. Häufig wird der Zugang zu einer privaten Krankenversicherung aber auch ganz verwehrt. Möglichkeiten dagegen erfolgreich vorzugehen, bietet das geltende Recht nicht. Mit der Auslagerung des Leistungsbereichs ›Zahnersatz‹ erfolgt der erste Schritt. Probleme für die Zukunft sind insoweit für behinderte und chronisch kranke Menschen zu erwarten.

Antidiskriminierungsgesetz

Anhand des kurz umrissenen Beispiels wird auch hier die Notwendigkeit eines zivilrechtlichen Antidiskriminierungsgesetzes deutlich, das behinderte Menschen mit umfasst. Nur durch eine entsprechende gesetzliche Regelung können Möglichkeiten geschaffen werden, sich mit den Mitteln des Rechts dagegen zu wehren, dass einem behinderten Menschen allein wegen der Tatsache einer bestehenden Behandlung unabhängig von einem eventuellen Krankheitsrisiko bestimmte Vertragsabschlüsse verweigert werden können. Besondere Härten gibt es in Zukunft vor allen für diejenigen, die wirtschaftlich schlecht gestellt sind wie die Bezieher und Bezieherinnen kleiner Einkommen und Renten oder Sozialleistungen.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, nicht bestimmte Personengruppen besonders benachteiligen darf. In § 2 a GMG heißt es, dass den besonderen Belangen behinderter und chronisch kranker Menschen Rechnung zu tragen ist. Es ist aber nicht erkennbar, dass dies ausreichend Berücksichtigung gefunden hat. Vielmehr scheinen Rückschritte in einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung behinderter Menschen nicht ausgeschlossen zu sein. Teilhabe, Selbstbestimmung, Gleichstellung sind die zentralen Begriffe für das Leben behinderter Menschen, die nicht wieder zu beliebig austauschbaren von Kostengesichtspunkten abhängigen Überlegungen werden dürfen. Es wäre wahrlich eine erneute erhebliche Benachteiligung behinderter Menschen und eine Rückkehr von erreichten Standards auf dem Weg zu einer gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Bernd Dörr und Sigrig Lübbers, Vorstand von Selbstbestimmt Leben Hannover e.V., Am Mittelfelde 80, 30519 Hannover, Tel.: (05 11) 3 52 25 21, Fax: (05 11) 2 71 62 15, E-Mail: selbstbestimmtlebenhannover@t-online.de

Der Inhalt des Buches ist eine vielseitige Zusammenstellung von Erfahrungen in der Arbeit mit Jugendlichen und der Gemeinde. Rund um das Thema ›Kurse gestalten, Bedürfnisse beachten und demokratisch mitbestimmen‹ geht es darum, Ziele für die Bildungsarbeit zu formulieren, selbstverantwortliches und geschlechtsbewusstes Lernen zu fördern sowie Veranstaltungen zu planen und zu gestalten. Die Autorin, Martina Wanner, bietet hier unter anderem kurze Informationen zur Themenzentrierten Interaktion, zu Aufgaben und Rechten als Jugendgruppenleitung, zu Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes und Versicherungsschutz. Alle Themenschwerpunkte sind mit konkreten Handlungsbeispielen angereichert und geben Zeit, Ziel, Gruppengröße, Materialien und besondere Hinweise an. Auch wer nicht an religiösen Hintergründen interessiert ist, findet in diesem Band vielfältige Anregungen für die Arbeit mit jugendlichen Gruppen. (am)

Kursknacker, Handbuch für die Kursarbeit, (Hrsg.): Katholische junge Gemeinde, Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart, Antoniusstr. 3, 73249 Wernau, Tel.: (0 71 53) 30 01-1 29, Fax: (0 71 53) 30 01-6 11, 260 Seiten, 19,50 Euro

Unter-, Über- und Fehlversorgung

Die vom Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Gutachten 2000/2001 so einprägsam formulierte Zustandsanalyse des deutschen Gesundheitswesens (›Über-, Unter- und Fehlversorgung‹) ist im vorliegenden Sammelband um die österreichische Perspektive erweitert worden. Die Fehlervermeidung steht im Mittelpunkt der Aufsätze, die alle relevanten Themenbereiche streifen: Pflege, Disease Management, Orientierung und Beteiligung von Patientinnen und Patienten, Qualitätssicherung, Health Technology Assessment, Settingbezogene Prävention und Schnittstellenmanagement. Das neue daran ist, dass Österreich in einzelnen Bereichen dem deutschen Gesundheitswesen voraus ist und die Diskussion hierzulande um die dortigen Erfahrungen bereichert werden kann. (bb)

Oskar Meggeneder (Hrsg.): Unter-, Über- und Fehlversorgung. Vermeidung und Management von Fehlern im Gesundheitswesen. Mabuse-Verlag, Frankfurt a.M., 2003, 219 Seiten, ISBN 3-935964-31-5, 22,90 Euro

Über Ursachen und Erscheinungsformen von Kinderarmut wurden in den letzten Jahren diverse Forschungsberichte veröffentlicht. Der vorliegende Band ragt aus der Reihe dieser Publikationen heraus, weil er diese Problematik unter der Perspektive der Globalisierung und neoliberalen Modernisierung betrachtet und unter nationaler und internationaler Perspektive einen Vergleich auf unterschiedlichen Ebenen anregt. Bildungsübergänge, Wohlbefinden und Gesundheit in Ost- und Westdeutschland und ein Stadt-/Landvergleich zu den Strategien von Kindern zur Bewältigung von Armut sind auch methodisch gut dargelegte Beispiele für dieses Vorgehen. Als wichtiger Baustein zu diesem Konzept sind die Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Armut auf den verschiedenen Ebenen zu sehen, die unmissverständlich klarmachen, welche Herausforderung für die soziale Arbeit Kinderarmut darstellt. (ar)

Christoph Butterwegge, Karin Holm, Margherita Zander u. a.: Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. Leske und Budrich, Opladen 2003, 321 Seiten, ISBN 3 8100-3707-9, 16,90 Euro

Die vergessenen Kinder

Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland

Das Buch ist eine überarbeitete und in großen Teilen veränderte Neuauflage des bereits 1994 von den deutschen Kinderschutzzentren und dem Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes herausgegebenen Bandes ›Die vergessenen Kinder‹. Die Autoren behandeln drei thematische Schwerpunkte aus der Diskussion um Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland: Gesellschaftliche Voraussetzungen für Armut und Vernachlässigung, Ursachen und Formen von Kindesvernachlässigung und neue Handlungskonzepte und Praxismodelle. Die Ergänzung durch Fallbeispiele und z.B. die Beschreibung niedrigschwelliger und präventiver Hilfen für junge Familien ergeben ein sehr lesbares und informatives Werk für Wissenschaft und Praxis. (ar)

Winfried Zenz, Korinna Bäcker, Renate Blum-Maurice (Hg.): Die vergessenen Kinder - Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland, Papyrossa Verlag 2002, 208 Seiten, ISBN 3-89439-235-X, 14,90 Euro

Das letzte Kapitel in Gabriela Kreter's Buch heißt: »Vorsicht! Das ist nicht gemeint!« Darin macht sie deutlich, dass sie nicht mit pädagogischen Hardlinern in eine Ecke gestellt werden will, die meinen, bei der heutigen Schülergeneration helfe nur noch strenger Benimmunterricht, unerbittliches Durchgreifen und kompromisslose Härte. Im Gegenteil, sie verlangt eine ›erziehende Schule‹ nach demokratischen Grundregeln und ausgerichtet auf ein humanistisches Menschenbild.

Die Autorin beschreibt die Defizite der ›neuen Schülerinnen und Schüler‹, die aufgrund ihrer Sozialisation in der gegenwärtigen Gesellschaft bestimmte Dinge nicht mehr können - schweigen, wenn andere reden, Regeln akzeptieren, für Fehlverhalten Konsequenzen hinnehmen, Schwachen beistehen.

Diese Kinder treffen in der Schule häufig auf Lehrkräfte, die in ihrer Ausbildung in den 70er Jahren, wie die Autorin selbst, von den Ideen Alexander Neills (Summerhill), der Kinderladenbewegung und entschiedener Ablehnung der alten autoritären Paukschule geprägt worden sind. Da das damals gelernte pädagogische Instrumentarium heute nicht mehr greift, resignieren viele Lehrkräfte nach Meinung der Autorin, schauen bei unangemessenem Verhalten zu oft weg und lassen verbale Entgleisungen und gewalttätige Übergriffe zu. Sie erwarten von den Kindern in ihrer Klasse zunehmend keinen Respekt mehr für sich und keine selbstverständliche Achtung vor den Bedürfnissen der Mitschülerinnen und -schüler.

Statt weiterhin stillschweigend darunter zu leiden, fordert Gabriela Kreter Lehrerinnen und Lehrer dazu auf, sich ihres Erziehungsauftrags bewusst zu werden, sich mit anderen (auch Institutionen außerhalb der Schule) zusammenzutun, neue Kompetenzen zu erwerben und mit Bestimmtheit und pädagogischer Zuwendung auf sinnvollen Grenzen, Regeln und Ritualen zu bestehen.

Ihr Buch enthält eine Fülle sehr konkreter, alltagstauglicher Beispiele und Vorschläge, wie jede Schule zu einer ›erziehenden Schule‹ werden kann. (iw)

Gabriela Kreter: Jetzt reicht's: Schüler brauchen Erziehung! Was die neuen Kinder nicht mehr können - und was in der Schule zu tun ist. Kallmeyersche Verlagsbuchhandlung, Seelze-Velber, 2002, 148 Seiten, ISBN 3-7800-4926-0, 7,90 Euro

Der vorliegende Reader dokumentiert die wachsende Bedeutung des Themas Gesundheit und Krankheit für die Medien- und Kommunikationswissenschaft. Das Angebotsspektrum von Gesundheitskommunikation wird in mehreren Beiträgen beleuchtet, z. B. die Darstellung von Essstörungen in den Printmedien oder der Darstellung von Medizingeschichte im Fernsehen. Die Wirkungen von Gesundheitsbotschaften sind Thema eines weiteren Teiles. Studien zum Entertainment-Education-Konzept deuten darauf hin, dass Serien und Soaps eine vielversprechende Möglichkeit darstellen, bestimmte Zielgruppen mit gesundheitsrelevanten Botschaften zu erreichen. Ein dritter Teil befasst sich mit der Frage, inwieweit der Medienwandel, also die neuen Medien wie das Internet, zu einer Veränderung der Gesundheitskommunikation beitragen. (us)

Hans-Bredow-Institut: Medien und Kommunikationswissenschaft, Themenheft »Gesundheit in den Medien«, Hrsg. von Joan Kristin Bleicher und Claudia Lampert, Nomos, Baden-Baden, 51. Jg. 2003/3-4, ISSN 1615-634X, 21,00 Euro

Organisationskultur

Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich und damit einhergehende Verringerung der Zuschüsse der Öffentlichen Hand führen dazu, dass Nonprofit-Organisationen über ihre Wettbewerbsfähigkeit bzw. über ihren Fortbestand nachdenken müssen. Die Überprüfung und Neuausrichtung der Organisationskultur spielt bei der Umstrukturierung der Organisation eine wichtige Rolle. Das vorliegende Buch versteht sich als Nachschlagewerk zur Analyse und praktischen Gestaltung der Organisationskultur und integriert dabei die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Als zentrales Element eines Change Managements wird die Führung einer Organisation herausgestellt. Mit Hilfe praktischer Beispiele erhalten Führungskräfte, Dozenten und Studierende einen Überblick über geeignete Maßnahmen der Unternehmens- und Personalführung. Die Bewusstmachung sowie ein transparentes Vorgehen bei der geplanten Veränderung der Organisationskultur stehen dabei an erster Stelle. (mgw)

Walter Neubauer: Organisationskultur. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2003, 194 Seiten, ISBN 3-17-017402-9, 25,00 Euro

Gabriele Freytag untersucht 25 Jahre, nachdem Psychologinnen Psychotherapie für Frauen zu entwickeln begannen, wie berufliche Identitäten im Diskurs der Feministischen Therapie heute konstruiert werden, auf welche Bausteine und Bezüge feministische Therapeutinnen dabei zurückgreifen und welche Widersprüche und Schwierigkeiten sie damit meistern. Feministische Therapeutinnen wurden dafür einzeln themenzentriert interviewt und in Gruppen zu Diskussionen über ihre Berufstätigkeit angeregt.

Dazu wurden die beiden relevanten Felder »Feminismus« und »Psychotherapie« als identitätsstiftende Bezugssysteme aufgearbeitet. Die Auswertung der Einzelinterviews und Gruppendiskussionen hinsichtlich Inhalt, Sprache und Beziehungsangebot ergab eine deutliche Tendenz bei den feministischen Psychotherapeutinnen zu Unsicherheit in der beruflichen Identität, Ambivalenzspannungen und Anpassung an herrschende Diskurse. Die berufliche Identität hat sich von der Avantgarde zur Fachfrau verlagert und konzentriert sich häufig auf die Bereiche sexueller Missbrauch und Gewalt gegen Frauen. Auf diese Weise laufen die feministischen Therapeutinnen in Gefahr, Identität an den Opferstatus zu binden, und die utopischen, radikalen Momente der Feministischen Therapie aus dem Blick zu verlieren. Es ist zu hoffen, dass das anregend und unterhaltsam geschriebene Buch einer lange fälligen Theoriediskussion der Feministischen Therapie neuen Schwung verleiht. (us)

Gabriele Freytag: Von der Avantgarde zur Fachfrau. Identitätskonstruktionen feministischer Therapeutinnen, Asanger, Heidelberg und Kröning, 2003, 255 Seiten, ISBN 3-89334-404-7, 24,00 Euro

Gesundheitsversorgung und Disease Management

Das »Who-is-Who« der deutschen Versorgungsforschung ist im vorliegenden Sammelband von den Herausgebern zusammengeführt worden. In kurzen Aufsätzen widmen sich die Autorinnen und Autoren allen Aspekten, die das deutsche Gesundheitswesen aktuell bewegt. Erfreulicherweise ist auch der Patientenorientierung ein eigener Abschnitt gewidmet. Der Schwerpunktteil »Disease Management«



kann erwartungsgemäß nur erste Erfahrungen bzw. zukünftigen Vorstellungen umfassen. Für Diabetes gibt es Anhaltspunkte aus den schon bestehenden Versorgungsverträgen, Brustkrebs ist gerade aus Sicht von betroffenen Frauen in vielen lokalen Ansätzen seit Jahren ein Thema und der Versorgungsbereich Koronare Herzerkrankungen lässt noch Wünsche und eigene Vorstellungen zu. (bb)

Holger Pfaff, Matthias Schrappe, Karl W. Lauterbach, Udo Engelmann, Marco Halber (Hrsg.): Gesundheitsversorgung und Disease Management. Grundlagen und Anwendungen der Versorgungsforschung. Verlag Hans Huber, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle, 2003, 335 Seiten, ISBN 3-456-84026-8, 39,95 Euro

Ehre oder Amt?

Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich

Das Interesse am Thema Ehrenamt und Freiwilliges Engagement reißt auch nach dem Jahr des Ehrenamts 2001 nicht ab. Die Anzahl der Freiwilligen, die sich in unterschiedlichen Bereichen unentgeltlich engagieren, ist nach wie vor groß. Insbesondere im Kulturbereich ist man auf die Mitarbeit von Freiwilligen angewiesen. Der vorliegende Band dokumentiert die Ergebnisse einer Tagung zu den Perspektiven, Chancen und Defiziten der Freiwilligenarbeit und diskutiert unterschiedliche Möglichkeiten der Qualifizierung im Kulturbereich. Aufgeteilt in den Abschnitt Theorie und Praxis sowie den Abschnitt Qualifizierung wird der Kulturbereich aus unterschiedlichen Blickwinkeln der Freiwilligenarbeit durchleuchtet und ist mit nützlichen Informationen und Beispielen z. B. über Qualifizierungsprojekte versehen. Ein lohnenswertes Buch für alle im Kulturbereich aktiven Akteure, die sich mit freiwilligem Engagement befassen. (mgw)

Norbert Kersting, Karin Brahms, Cerstin Gerecht, Kerstin Weinbach (Hrsg.): Ehre oder Amt? Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich. Leske + Budrich, Opladen, 2002, 226 Seiten, ISBN 3-8100-3426-6, 18,80 Euro

Der von Irene Herzberg vorgelegte Band aus der Reihe ›Kindheiten‹ untersucht das Alleinsein von Schulkindern. Neben der Absicht, die Lebenssituation und Befindlichkeit von allein spielenden Kindern exemplarisch und möglichst umfassend darzustellen, versucht die Autorin anhand ihrer Fallstudie ›Single Welten‹ Erklärungen für das Alleinsein zu finden.

Den theoretischen Rahmen liefern zum einen ein voranstehender Diskurs der verschiedenen Positionen aus der Kindheitsforschung und zum anderen Befunde aus den bisherigen deutschen Kinderstudien. Die Interviews mit Jungen und Mädchen im Alter von 10–13 Jahren zeigten deutlich, dass die Beweggründe für das Alleinsein vielschichtig sind. Strukturelle äußere Gegebenheiten, familiäre Bedingungen sowie die Persönlichkeit des Kindes bieten hierfür Erklärungsansätze.

Von einer pauschal negativen Problematisierung des Alleinspielens rät die Autorin dringend ab. Ein Ergebnis der Studie ist, dass zurückhaltende, alleinspielende Kinder nicht zwangsläufig ein soziales Defizit aufweisen.

Dem Anspruch, die Lebenslagen und Persönlichkeitsdimensionen der Betroffenen möglichst authentisch aufzuzeigen, wird die Autorin in jedem Fall gerecht. Viele direkte Zitate der Befragten tragen hierzu bei und lassen den Lesenden Raum für eigene Interpretationen.

Irene Herzberg: Kleine Singles. Lebenswelten von Schulkindern, die ihre Freizeit häufig allein verbringen. Juventa Verlag, Weinheim und München, 2001, 372 Seiten, ISBN 3-7799-0223-0, 29,00 Euro

Altersdiskriminierung

Das Büro gegen Altersdiskriminierung hat Ende letzten Jahres die Auswertung und Dokumentation des ersten bundesweiten Beschwerdetages zum Thema Altersdiskriminierung vorgelegt. 1598 telefonisch vorgetragene Beschwerden sind dazu ausgewertet worden. Die meisten Beschwerden kamen dabei von Frauen. Arbeit war der gesellschaftliche Bereich, zu dem die meisten Anrufe kamen. Image folgte an zweiter Stelle. Die Lektüre schärft den Blick für Ungleichbehandlungen wegen des Lebensalters. (us)

Büro gegen Altersdiskriminierung e.V. (Hrsg.): Lebensalter und Diskriminierung, 2002, Eigendruck im Selbstverlag, 52 Seiten, 1,60 Euro, E-Mail: info@altersdiskriminierung.de

Zwischenbilanz zur aktuellen Bildungsreform

Mit Blick auf PISA und die wachsende Bedeutung von Lern- und Bildungsprozessen ist das Lernen auf verschiedenen Ebenen, wie z. B. für das Berufs- und Privatleben, zum zentralen Thema geworden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist das deutsche Jugendinstitut im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie geförderten Projekts ›Anforderungen an Schule in einer veränderten Erwerbsgesellschaft‹ der Frage nachgegangen, wie Schulen auf diese neuen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels reagieren können. Die in diesem Band zusammengestellten Beiträge sind sehr erfahrungsorientiert und kommen überwiegend von Autoren und Autorinnen, die mit dem Schulalltag sehr vertraut sind.

In einem ersten Zugang wird in einer Zeitspanne von 1960 bis 2002 ein historischer Überblick zur bildungspolitischen Debatte gegeben. Eine Bildungsreform, die den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt, so die Autoren und Autorinnen, wird zwar von der Öffentlichkeit als überfällig eingefordert, bleibt aber bisher ohne weitergehende Konsequenzen. Im Verlauf des Buches werden drei Schwerpunkte vorgestellt: Schulentwicklung unter den Aspekten der Umsetzung neuer Lernarrangements und Unterrichtsformen, Verankerung der Schule im öffentlichen Raum und Schulentwicklung unter den veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. (am)

Christine Preiß, Peter Wahler (Hrsg.): Schule zwischen Lehrplan und Lebenswelt, Zwischenbilanz zur aktuellen Bildungsreform, Leske+Budrich, Opladen, 2002, 208 Seiten, ISBN 3-8100-3107-0, 14,90 Euro

Eltern behinderter Kinder

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) in 2003 hat sich thematisch nicht mit der Situation von behinderten Kindern und ihrer Eltern beschäftigt. Das Themenfeld ›Eltern behinderter Kinder‹ bleibt außerhalb der politischen Teilhabe und verfolgt sonderpädagogische Ansätze: beschäftigt man sich zunächst mit dem behinderten Kind oder aber nicht doch mit seinen Eltern und



dem damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Umfeld. Der Sammelband beleuchtet den letzteren Aspekt. Es wird auf die Lebenssituation von Familien mit behinderten Kindern eingegangen und die Bedeutung von Empowerment, Kooperation und Beratung in Zusammenarbeit mit Familien hervorgehoben. Modelle erfolgreicher Elternselbsthilfeinitiativen sollen Mut machen, dass »man was machen kann.« (bb)

Udo Wilken, Barbara Jeltsch-Schudel (Hrsg.): Eltern behinderter Kinder. Empowerment – Kooperation – Beratung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 2003, 237 Seiten, ISBN 3-17-017827-X, 24,00 Euro

Gesundheitstelematik und Recht

Eine praktische Auswirkung der jetzt beschlossenen Änderungen im deutschen Gesundheitswesen wird die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Versicherte der Gesetzlichen Krankenkassen ab dem Jahr 2006 sein. Die Telematik im Gesundheitswesen ist dann nach vielen Diskussionen und Abstimmungsprozessen bei der Bevölkerung angekommen. Bereits im Vorfeld stellen sich deshalb im gesamten Einsatzbereich moderner Kommunikationstechnologien rechtliche Fragen. Das Buch bietet einen systematischen Überblick zu gesetzlichen Rahmenbedingungen, typischen Risiken der Telematik und dem Datenschutz im Allgemeinen. Genau benannt wird der gesetzliche Anpassungsbedarf für telematische Anwendungen und die rechtlichen Anforderungen an ›Elektronisches Rezept‹. Hier interessiert insbesondere der gesetzliche Regelungsbedarf zur Legitimation von Datenflüssen. Gesondert eingegangen wird abschließend auf die rechtlichen Anforderungen an eine elektronische Patientenakte. (bb)

Christian Dierks, Gerhard Nitz, Ulrich Grau: Gesundheitstelematik und Recht. Rechtliche Rahmenbedingungen und legislativer Anpassungsbedarf, MedizinRecht.de Verlag, Frankfurt a.M., 2003, 290 Seiten, ISBN 3-936844-03-8, 50,00 Euro

Die Sachverständigenkommission Elfter Kinder- und Jugendbericht hat fünf Materialbände vorgelegt. Band 1 gibt einen Überblick über die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe, ihre fachlichen Eckwerte, ihre Organisationsstrukturen. Verfahrensweisen des Jugendamtes sowie die Einbettung der Jugendhilfeaufgaben in die Kommunalverwaltung sind die Themen.

Band 2 beschreibt den Reformprozess von zehn Jahren Kinder- und Jugendhilfegesetz und zieht eine Zwischenbilanz. Die Auswirkungen des neuen Kindschaftsrechtes auf die Jugendhilfe sowie Partizipations- und Beteiligungschancen in der Kinder- und Jugendhilfe sind die Schwerpunkte.

In Band 3 geht es um Mädchen- und Jungenarbeit als bisher uneingelöste fachliche Herausforderung vor dem Hintergrund des 6. Jugendberichtes und seinen Wirkungen. Der Band enthält 16 Expertisen u. a. zur geschlechtsdifferenzierenden Arbeit in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und Konzepten bei übergreifenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe.

In Band 4 wird erstmalig in der Kinder- und Jugendberichterstattung das Thema Gesundheit und Behinderung im Leben von Kindern und Jugendlichen in fünf Expertisen aufgegriffen. Ausführlich werden darin die Auswirkungen der sozialen Lage auf die Gesundheit und Wohlbefinden beschrieben. Für den Bereich der Behinderungen werden u. a. soziale und strukturelle Dimensionen der Lebenslagen von Kindern mit Behinderungen dargelegt. Ein Beitrag zu Rechtsfragen der Behinderung zwischen Jugendhilfe und Rehabilitation rundet die Ausführungen in diesem Band ab.

Band 5 beinhaltet mehrere Expertisen zur Migration und ihren Auswirkungen auf diese Altersgruppe und die öffentliche Diskussion von Kinder- und Jugendthemen. Grundlage der verwendeten Datensätze waren u. a. umfangreiche Datensätze des deutschen Jugendinstituts, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (SOEP) und der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik der Uni Dortmund. Auch die Auswertung dieser Daten stellt die Kommission überwiegend zur Verfügung. (ar)

Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Elften Kinder- und Jugendbericht

Band 1: Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Eine Bestandsaufnahme, ISBN 3-87966-421-8, 322 Seiten, 25,00 Euro

Band 2: Kinder- und Jugendhilfe im Reformprozess, ISBN 3-87966-422-6, 312 Seiten, 25 Euro

Band 3: Mädchen- und Jungenarbeit - Eine uneingelöste fachliche Herausforderung. Der 6. Jugendbericht und zehn Jahre Paragraph 9.3 im Kinder- und Jugendhilfegesetz, ISBN 3-87966-423-4, 339 Seiten, 25,00 Euro

Band 4: Gesundheit und Behinderung im Leben von Kindern und Jugendlichen, ISBN 3-87966-424-2, 582 Seiten 43,00 Euro

*Band 5: Migration und die europäische Integration. Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe, ISBN 3-87966-425-0, 184 Seiten, 11,00 Euro
DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut, München, Verlag Leske und Budrich, Opladen, 2003*

Stress- und Ressourcenmanagement

Die Grenzen zwischen Entwicklungspotentialen durch Herausforderungen und Gesundheitsgefährdungen durch Stress sind fließend. Nur wenn Stress und Ressourcen identifiziert werden können, realisieren sich Entwicklungsmöglichkeiten und reduzieren sich Belastungen. In dem vorliegenden Band werden aktuelle und zukünftige Veränderungen der Arbeit in ihren Implikationen für Stress diskutiert. Auf diesem Hintergrund können Konzepte für Stress- und Ressourcenmanagement konzipiert werden, die an den Entwicklungen des Arbeitslebens ansetzen. Neben diesem Hintergrundwissen werden Methoden des Stress- und Ressourcenmanagements vorgestellt. Das Buch ist didaktisch gut aufbereitet. Eine weitere Stärke ist, dass die praktische Umsetzung nicht zu kurz kommt. Im letzten Teil des Buches wird ein idealtypischer Prozess eines betrieblichen Stress- und Ressourcenmanagements geschildert und an einem Szenario veranschaulicht.

Das Buch wendet sich an Akteure aus Betrieben, Verwaltungen und Dienststellen, die Stress- und Ressourcenmanagement konzipieren, durchführen oder akquirieren sowie an Studierende. (us)

Eva Bamberg, Christine Busch, Antje Ducki: Stress- und Ressourcenmanagement. Strategien und Methoden für die neue Arbeitswelt, Verlag Hans Huber, Bern, 2003, 224 Seiten, ISBN 3-456-83969-3, 26,95 Euro

»Erst die Arbeit – und dann?«

Dokumentation des Niedersachsen-Forums ›Alter und Zukunft‹ im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales in Kooperation mit der Stadt Oldenburg vom 17. Oktober 2002 in Oldenburg.

Hrsg.: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. – Koordinierungsbüro Freiwilliges Engagement für Alt und Jung in Niedersachsen, 76 Seiten DIN A 4, 2,50 Euro, Versandkosten

»Essen, was ankommt ...«

Ernährung im Kindergarten und Hort. Dokumentation der Fachtagung vom 30. Oktober 2003 in Hannover

Hrsg.: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Deutsche Gesellschaft für Ernährung – Sektion Niedersachsen, Zentrum für Erwachsenenbildung Stephansstift, 40 Seiten DIN A4, 1,50 Euro, Versandkosten

Selbsthilfe und Patientenberatung:

Zwei Seiten einer Medaille?

Dokumentation einer Kooperationsveranstaltung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., dem Selbsthilfe-Büro Niedersachsen und dem IKK-Landesverband Niedersachsen vom 14.08.2002 in Hannover.

Hrsg.: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., 64 Seiten DIN A4, 2,60 Euro Versandkosten oder als PDF-Download unter www.gesundheitsinfoniedersachsen.de/inhalte/c_tagungsberichte.htm

Qualität in der Weiterbildung

Neben einem Überblick über Qualitätskonzepte in der Weiterbildung in dieser Dissertation gezeigt, welche verschiedenen Aufgaben die Evaluation, besonders die responsive und Selbstevaluation, als Methode in der professionellen Weiterbildungspraxis erfüllen kann.

Bernhard Holla: Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung durch praxisorientierte Evaluation. Peter Lang Verlag, Europäische Hochschulschriften, Reihe 11 Pädagogik, Bd. 842, Frankfurt am Main, 2002, 313 Seiten, ISBN 3-631-38093-3, 45,50 Euro

Soziale Milieus in der lokalen Agenda 21-Arbeit

Das Aktions- und Kommunikationshandbuch soll bundesweit ebenso wie lokal agierende Akteure dabei unterstützen, ihre Inhalte, die in unterschiedlicher Weise zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, zielgruppengerechter zu kommunizieren. In den meisten Agenda-21-Prozessen werden vielfach nur die üblichen Verdächtigen erreicht, die sich sowieso engagieren. Mit dem Handbuch wird der Versuch unternommen, Angehörige unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu mehr Engagement und zu Verhaltensweisen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu motivieren. Zur zielgruppenscharfen Ansprache der Bevölkerungsgruppen werden in einem übersichtlich strukturierten und ansprechend gestalteten Ordner unterschiedliche soziale Milieus beschrieben und deren Einstellung zu nachhaltigem Handeln dargestellt. Weiterhin werden verschiedene Aktivierungsmethoden vorgestellt und anhand von unterschiedlichen Portraits illustriert. Die Beschreibung von Förderaktionen und -kampagnen runden das gelungene Handbuch ab. (mgw)

Das Aktions- und Kommunikationshandbuch »Nachhaltigkeit kommunizieren – Bürger aktivieren« wurde von Silke Kleinhüchelkotten, H.-Peter Neitzke und Bianca Schlußmeier unter Mitarbeit von Dieter Behrendt und Julia Osterhoff erarbeitet. Es ist für 25,00 Euro (zzgl. Versand) zu beziehen beim ECOLOG-Institut, Annette Voss, Nieschlagstraße 26, 30449 Hannover, Fax: (05 11) 9 24 56 - 48

Gutachten zur Hormontherapie

Die Enquete-Kommission »Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen« hat zwei Gutachten zur Hormontherapie in und nach den Wechseljahren in Auftrag gegeben, die jetzt vorliegen. Im einzelnen sind dies zum einen das Gutachten »Anwendung der postmenopausalen Hormontherapie in Deutschland und Vorschläge zur Senkung der Anwendungshäufigkeit«, vorgelegt von Prof. Dr. Eberhard Greiser vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS), in dem u.a. auch die Übertragbarkeit der Ergebnisse der Forschung der Women's Health Initiative auf Deutschland bewertet wird. Zum anderen liegt die Expertise »Hormongaben vor, während und nach den Wechsel-

jahren: Soziale Faktoren und Alternativen« von Regina Stolzenberg und Christina Sachse vor. In dieser Expertise wird der gesellschaftliche Diskurs über die Wechseljahre und ihre Medikalisierung beschrieben sowie die Ergebnisse einer Befragung von Expertinnen und Experten zu den Gründen von Hormoneinnahme bei Patientinnen dargestellt. Weiterhin wird die Umgangsweise mit den Wechseljahren in der ambulanten Versorgung beleuchtet sowie alternative evidenzbasierte Behandlungsmethoden bei Beschwerden in den Wechseljahren dargestellt. (us)

Gutachten und Expertise sind auf der Homepage der Enquete-Kommission veröffentlicht: www.landtag.nrw.de/Parlament/Enquetekommissionen

Beiträge der Pflegepädagogik für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Die Pflegepädagogik stellt eine noch relativ junge Fachdisziplin dar. Vor diesem Hintergrund geht die Autorin im Rahmen ihrer Diplomarbeit am Beispiel Gütersloh der Frage nach, inwieweit und in welcher Form pflegepädagogische Unterstützung im öffentlichen Kinder- und Jugendgesundheitsdienst eine Rolle spielt. Zunächst erfolgt eine Definition der Begriffe Gesundheitsförderung, Gesundheitserziehung und Prävention sowie eine Beschreibung des Öffentlichen Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) und der Schulgesundheitsfürsorge in Europa und den USA. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Bedarfsanalyse, die im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Kreises Gütersloh und zwei ausgewählten Grundschulen durchgeführt wurde. Abschließend werden die Möglichkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit und pflegepädagogischer Beiträge diskutiert. (ts)

Petra Lummer: Beiträge der Pflegepädagogik für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst am Beispiel des Kreises Gütersloh. Shaker Verlag, Aachen, 2002, 135 Seiten, ISBN 3-8322-0724-4, 45,80 Euro.

Die Frage, ob die Ursache der Magersucht im heutigen Schönheitsideal des Schlankseins um jeden Preis zu suchen ist, veranlasste die Autoren, das Phänomen der Nahrungsenthaltung historisch zu bearbeiten. Askese bei den Wüstenvätern, bei den spätmittelalterlichen Mystikerinnen, Hungern als Spektakelstück auf den Jahrmärkten wird beschrieben. Diese Kulturgeschichte der Essstörungen beleuchtet auch die Dimension der Auseinandersetzung der medizinischen Wissenschaft mit dem Phänomen der Nahrungsverweigerung durch die Jahrhunderte. Weiterhin wird untersucht, warum gerade das viktorianische Zeitalter ein fruchtbarer Boden für das »neue« eigenständige Krankheitsbild »Anorexia Nervosa« war. (us)

Walter Vandereycken, Ron van Deth, Rolf Meermann: Wundermädchen, Hungerkünstler, Magersucht. Eine Kulturgeschichte der Ess-Störungen. Beltz Taschenbuch, Weinheim, Basel, Berlin, 2003, 353 Seiten, ISBN 3 407 22147 9, 17,90 Euro

Männergesundheit

Die zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung ist auch beim starken Geschlecht angekommen. Nachdem sich seit Jahren der Fokus auf Frauen und Kinder als Risikogruppe gerichtet hat, werden jetzt Männer und ihr Gesundheitsverständnis bzw. -verhalten genauer beleuchtet. Darunter fällt eine besondere männliche Lebensszenierung oder Fragen nach einer anderen Esskultur. Ob Männer tatsächlich das kränkere Geschlecht sind, können nur Daten der Gesundheitsberichterstattung zeigen. Ansätze einer geschlechtssensiblen Betrachtung werden in diesem Zusammenhang neue Argumente bekommen. Die vorliegenden Aufsätze lassen deshalb den Schluss zu, dass mit der ausschließlichen Betrachtung von Männergesundheit gerade die Frauengesundheit und deren Forderungen nach einer geschlechtsspezifischen Blickweise neue Impulse bekommt. (bb)

Thomas Altgeld (Hrsg.): Männergesundheit. Neue Herausforderungen für Gesundheitsförderung und Prävention, Juventa Verlag, Weinheim und München, 2004, 288 Seiten, ISBN 3-7799-1659-2, 23,50 Euro



Veranstaltungen der LVG

Thementag ›Gesundheitsförderliches Führungsverhalten‹

veranstaltet vom Arbeitskreis Gesundheitsfördernde Hochschulen
30. Januar 2004, 11.00–16.00 Uhr, Hannover

Auf diesem Thementag soll der Zusammenhang zwischen Führungsverhalten und Gesundheit beleuchtet werden. Dabei geht es einerseits darum, wie sich das eigene Führungsverhalten auf die eigene Gesundheit auswirkt, andererseits geht es um die Auswirkungen des Führungsverhaltens Vorgesetzter auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Frauen und Männer zeigen ein unterschiedliches Führungsverhalten. Die geschlechtsspezifischen Charakteristika sollen vorgestellt werden. Als abschließendes Element des Thementages sollen Bausteine eines Trainings für gesünderes Führungsverhalten vorgestellt werden.

Normalfall Kinderarmut

25. Februar 2004, 10.00–16.30 Uhr, Hannover

Die Zahl armer Kinder und Jugendlicher ist bei zur Zeit unverändert trüber Wirtschaftslage in Niedersachsen ebenso wie in der ganzen Bundesrepublik anhaltend hoch und erfordert eine kontinuierliche Armutsprävention, um soziale und gesundheitliche Benachteiligungen abzumildern. Die Tagung wird das gesellschaftliche Problem der Kinderarmut aufgreifen und die Ergebnisse neuer Studien zu Kinderarmut, Gesundheit, Bildungschancen u.a. vorstellen.

Ort und Teilnahmebedingungen auf Anfrage

Kundenstimmen im Krankenhaus: Patientenführsprecher als Ergänzung zum Ideen- und Beschwerdemanagement

8. März 2004, 10.00–12.30 Uhr, Hannover

Die Person des Patientenführsprechers ist eine noch junge Form der ›Eigenbeteiligung‹ von Patientinnen und Patienten im deutschen Gesundheitssystem. Als unabhängige Ansprechpartner sollen sie im Krankenhaus die Beschwerden und Anliegen von Patientinnen und Patienten aufnehmen und anwaltschaftlich gegenüber der Verwaltung, dem Ärztlichen Direktor und der Pflegeleitung vertreten. Andererseits setzt sich in vielen Krankenhäusern immer mehr die Idee durch, mit Hilfe eines aktiven Ideen- und Beschwerdemanagements die Schwachstellen im Betrieb aufzuspüren. Der AK Patientinnen- und Patienteninformation möchte in einer öffentlichen Sitzung die Voraussetzungen und Erfahrungen der beiden Ansätze vorstellen und diskutieren. Eintritt frei

Neue Finanzierungsmodelle in Gesundheitsförderung und Prävention

Jahrestagung, 26. April 2004, Hannover

Im Jahr 2003 sind die Überlegungen zur Neuausrichtung der Prävention auf Bundes- und Landesebene nicht abgeschlossen worden, deshalb wurde die ursprünglich für 2003 vorgesehene Tagung aufgrund der unklaren Rahmenbedingungen nicht durchgeführt. Im Rahmen der Jahrestagung sollen die intensiven Diskussionen um die Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung und die neuen Rahmenbedingungen vorgestellt werden. Bislang haben sie noch nicht zu Investitionsschüben in diesen Bereich geführt. Darüber hinaus werden weitere Finanzierungsmodelle vor-



gestellt, insbesondere Stiftungsmodelle und Privat-Public-Partnership-Finanzierungen. Die Tagung soll so einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion und der Finanzierungswege geben. Weitere Informationen auf Anfrage

NACHBARSCHAFT LEBEN

Strategien zur Gesundheitsförderung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

29. April 2004, 10.00–16.30 Uhr, Hannover

Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen müssen oft zusätzlich armutsbedingte Belastungen bewältigen. In diesem Zusammenhang kann ein soziales Netzwerk, durch regelmäßige Kontakte und gegenseitige Hilfestellungen präventiv wirken. Ist diese Hilfe nicht im Freundes- oder Verwandtenkreis gegeben, kann das Umfeld Ersatz bieten. Neben der Nutzung von institutionellen Angeboten wirkt eine solidarische Nachbarschaft im Wohnumfeld insbesondere für chronisch Erkrankte und/oder alte Menschen und für Menschen mit Behinderungen gesundheitsfördernd. Die Veranstaltung bietet grundlegende Vorschläge zur Aktivierung nachbarschaftlicher Hilfeformen für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, alte Menschen und ›Arme‹.

Teilnahmegebühr: auf Anfrage

„So jung, und ... schon ein Kind?“

Minderjährige Schwangere und junge Eltern zwischen Sehnsucht und Überforderung

4. Mai 2004, Hannover

Mehr als 10.000 junge Mädchen werden jährlich ungewollt schwanger und knapp 5.000 junge Frauen unter 18 Jahren haben im Jahr 2001 in der Bundesrepublik ein Kind bekommen. Die Zeit der Schwangerschaft, der Geburt und der ersten Lebensjahre des Kindes stellt an diese Mädchen hohe Anforderungen und bedeutet eine Zeit großer Veränderungen. Sie fühlen sich häufig hin und her gerissen zwischen den eigenen jugendlichen Wünschen und Bedürfnissen und den Anforderungen und der Verantwortung, die das Leben mit einem Kind an die jungen Mütter stellt. Im Spannungsfeld zwischen Überforderung und positiver Bewältigung benötigen die jugendlichen Schwangeren und jungen Mütter Rat, Unterstützung und Begleitung von Erwachsenen. Wie sollte diese Unterstützung aussehen? Welche Formen der Begleitung und Betreuung entlasten die jungen Mütter und unterstützen sie gleichzeitig in der selbständigen verantwortlichen Bewältigung des Alltags und in der weiteren Lebensplanung - sowohl beruflich als auch privat. Welche Rolle spielen die jungen Väter? Diese und andere Fragen werden auf der Veranstaltung mit Expertinnen und Experten aus der Praxis erörtert und diskutiert.

Die Fachtagung wird von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. in Zusammenarbeit mit der Pro Familia - Landesverband Niedersachsen e.V. durchgeführt.

Teilnahmegebühr: auf Anfrage

Termine

Termine

T

Niedersachsen

Gender Mainstreaming in der Lehre, 14.1.2004, Oldenburg, Vortrag, 18:00 Uhr, A4 4-403, Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung-ZFG, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 26111 Oldenburg, Tel.: (04 41) 79 843 16, E-mail: zfg@uni-oldenburg.de

Die Sorge um sich selbst – Selbstschädigung im Kindes- und Jugendalter, 16.–18.1.2004, Hofgeismar, Evangelische Akademie Hofgeismar, Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar, Tel.: (0 56 71) 8 81-0, Fax: (0 56 71) 8 81-1 54, E-mail: Ev.Akademie.Hofgeismar@ekkw.de

Solidarität mit Zukunft – Stiften für gesellschaftlichen Wandel, 30.1.–1.2.2004, Loccum, Kontakt: Stiftung Mitarbeiter, Adrian Reinert, E-Mail: info@mitarbeit.de

Wie steuerbar ist die Globalisierung? Eine Tagung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II, 9.–11.2.2004, Loccum, Kontakt: Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, 31547 Rehburg-Loccum, Tel.: (0 57 66) 81-105, Fax: (0 57 66) 81-900, E-mail: eal@evlka.de

Ich bin stark! – Interdisziplinäre Präventionsarbeit, 13.–14.2.2004, Celle, Kontakt: CD Kaserne Celle gGmbH, Julia Plank, Hannoversche Str. 30b, 29221 Celle, Tel.: (0 51 41) 9 77 29-10, Fax: (0 51 41) 9 77 29-29, E-mail: info@cd-kaserne.de

Sozialräumliche Arbeit praktisch – Analysieren, Beteiligen, Planen, Vernetzen, 3.3.2004, Hannover, Kontakt: Evangelische Fachhochschule Hannover, Zentrale Einrichtung Weiterbildung, Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover, Tel.: (0 511) 53 01-123, E-mail: zew@efh-hannover.de

3. Norddeutsches Forum Arbeitsmedizin, 4.–5.3.2004, Hannover, Medizinische Hochschule Hannover, Kontakt: RG Gesellschaft für Information und Organisation, mbH, Gabi Riedel, Bahnhofstr. 3a, 82166 Gräfelring, Tel.: (0 89) 89 89 16 18, Fax: (0 89) 89 89 934, E-mail: info@rg-web.de

Bildung in der Kindertagesstätte, 11.–12.3.2004, Hannover, Kontakt: AWO Verwaltungs- und Sozialdienste GmbH, Ute Kühne, Körtingsdorfer Weg 8, 30455 Hannover, Tel.: (0 511) 49 52-265, Fax: (0 511) 49 52-292, E-mail: ute.kuehne@bv-hannover.awo.de

Abschlussstagung des Projektes – Qualitätswicklung im multikulturellen Arbeitszusammenhang Altenpflege, 17.–18.3.2004, Bielefeld, Kontakt: Haus Neuland, Helga Wrobel, Postfach 11 03 43, 33663 Bielefeld, Tel.: (0 52 05) 91 26 31, Fax: (0 52 05) 91 2 699, E-Mail: mh@haus-neuland.de

Reformen, die wir woll(t)en, Visionäre Zwischenbilanzen zur Frage der Bildung in Deutschland, 19.–21.3.2004, Loccum, Kontakt: Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, 31547 Rehburg-Loccum, Tel.: (0 57 66) 81-105, Fax: (0 57 66) 81-900, E-Mail: eal@evlka.de

Nachhaltigkeit, Energie und Umwelt, Mobilfunk – Schaden größer als Nutzen?, 1.4.2003, Hannover, Informationsveranstaltung über die Risiken der elektromagnetischen Strahlung des Mobilfunks Veranstaltungsreihe: Aktuelle Politik vor Ort, Kontakt: Stiftung Leben und Umwelt, Tel.: (0 511) 30 18 57-12

Bundesweit

2. Fachtagung Jugend und Prävention ›Mission impossible?‹, 14.–15.1.2004, Bonn, Gustav-Stresemann-Institut, Kontakt: Tagungsbüro neues handeln GmbH, Kerstin Schlick, Theodor-Heuss-Ring 52, 50668 Köln, Tel.: (0 221) 16 082 27, Fax: (0 221) 16 082 24, E-Mail: schlick@neueshandeln.de

Nach der Reform ist vor der Reform – Wie modern ist das GKV-Modernisierungsgesetz?, 16.1.2004, Weimar, Kontakt: Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen e.V., Widenmayerstr. 29, 80538 München, Tel.: (0 89) 21 0969-60, Fax: (0 89) 21 0969-99, E-Mail: info@grpg.de

Suizidalität bei Kindern und Jugendlichen, 26.1.2004, Münster, Kontakt: Fachhochschule Münster Fachbereich Sozialwesen Weiterbildung, Postfach 3020, 48016 Münster, E-Mail: weiterbildung@fh-muenster.de

Kongress ›Kinder zum Olymp – Zur Notwendigkeit ästhetischer Bildung von Kindern und Jugendlichen‹, 29.1.2004, Leipzig, Stärkung der kulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche,

Kontakt: Kulturstiftung der Länder, Lützowplatz 9, 10785 Berlin, Tel.: (0 30) 89 3635-0, Fax: (0 30) 8 91 42 51, E-Mail: kontakt@kulturstiftung.de

Neue Konzepte der Elternbildung – Informationsforum zur kritischen Diskussion von Elternkursen, 12.2.2004, Bielefeld, Kontakt: Ullrich Bauer, Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld, Tel.: (0 521) 1 06-3888, E-Mail: ullrich.bauer@uni-bielefeld.de

›Hauptsache normal!‹? Wie Normierung funktioniert – in unseren Köpfen und in der Gesellschaft, 13.–15.2.2004, Eisenach, Kontakt: Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik c/o Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, Tel.: (0 211) 6 40 04-10, E-Mail: ArbeitsstellePND@bvkm.de

3. Hamburger Forum, Qualität im Gesundheitswesen, 3.–5.3.2004, Hamburg, Kontakt: quant GmbH, Forum 2004, Tel.: (0 40) 25 40 78 40, Fax: (0 40) 25 40 78 48, E-Mail: forum2004@quant-forum.de

›Brennpunkt Psychotherapie‹, 5.–9.3.2004, Berlin, 15. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung der Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V., Kontakt: DGVT-Bundesgeschäftsstelle, Neckarhalde 55, 72070 Tübingen, Tel.: (0 70 71) 94 34 94, E-Mail: kongress@dgvt.de

›Salutogenese oder Wer bleibt gesund?‹, 16.3.2004, Essen, Kontakt: Team Gesundheit GmbH, Carolyn Schierig, Rellinghauser Str. 93, 45128 Essen, Tel.: (0 201) 179-14 84, E-Mail: schierig@teamgesundheit.de

1. Nordbadisches Forum ›Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit‹, 18.–19.3.2004, Mannheim, Kontakt: RG GmbH, Gabi Riedel, Bahnhofstr. 3a, 82166 Gräfelring, Tel.: (0 89) 89 89 16 18, Fax: (0 89) 89 89 934, E-Mail: info@rg-web.de

Gesundheit-Risiko, Chancen und Herausforderungen, 25.–27.3.2004, Leipzig, VI. Kongress für Gesundheitspsychologie 2004, Kontakt: Institut für Angewandte Psychologie, Seeburgstr. 14-20, 04103 Leipzig, Tel.: (0 341) 9 73 593 0, Fax: (0 341) 9 73 593 9, E-Mail: gespsych@uni-leipzig.de

Qualität in stürmischen Zeiten-Erfahrungsaustausch, Konzepte und Werkzeuge zur Kompetenz- und Gesundheitsförderung für Beschäftigte in Kindertagesstätten, 7.–8.5.2004, Dresden, Kontakt: Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin, Fetscherstr. 74, 01307 Dresden, Tel.: (0 351) 3 17 74 33, Fax: (0 351) 3 17 72 3 6, E-Mail: khan@imib.med.tu-dresden.de

International

Transnationale Risiken-Aufgaben für eine neue Politik, 7.–8.01.2004, Berlin, Kontakt: Irmgard Coninx Stiftung im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschauer 50, 10785 Berlin, Tel.: (0 30) 2 54 91-4 11, Fax: (0 30) 2 54 91-6 84, E-mail: info@irmgard-coninx-stiftung.de

GfA-Frühjahrskongress ›Arbeit + Gesundheit in effizienten Arbeitssystemen‹, 24.–26.03.2004, Zürich, Schweiz, Kontakt: Prof. Helmut Krueger, Institut für Hygiene und Arbeitsphysiologie, URL: www.gfaz004.ethz.ch

Antwort

bitte ausfüllen und schicken oder faxen an die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. Fensckeweg 2, 30165 Hannover, Fax: (0 511) 3 505 595

Ich möchte ...

- den Newsletter regelmäßig kostenlos beziehen
- weitere Informationen über die Landesvereinigung für Gesundheit

Name:

Institution:

Anschrift:

Tel./Fax:

Ich/Wir sind vorwiegend tätig im

- Gesundheitswesen
- Bildungsbereich
- Sozialbereich

Anregungen, Kritik, Wünsche

Sonstiges: